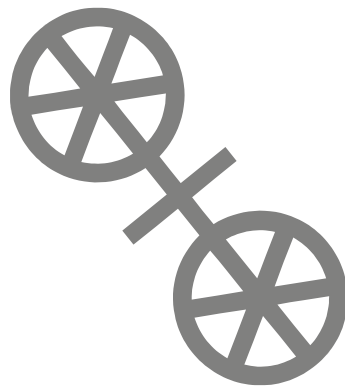


**Für Mainz erfolgreich –
nachhaltig, ökologisch, sozial
und wirtschaftlich stark**



KOALITIONSVERTRAG 2020 – 2024

zwischen den Parteien

Bündnis 90/Die Grünen – Mainz (GRÜNE)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Mainz (SPD)

Freie Demokratische Partei – Mainz (FDP)



Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	5
Eine Stadt für Alle: Stadtentwicklung ist auch Sozialpolitik.....	7
Klimaschutz, Ökologie und Energie.....	13
Mobilitätswende in Mainz – rücksichtsvoll, umweltfreundlich und sicher	17
Soziales	23
Bildung und Teilhabe für Alle.....	27
Wirtschaft.....	31
Finanzen	34
Unser kultur- und geschichtsbewusstes Mainz.....	37
Mainz digital – offen, frei & nachhaltig.....	41
Gleichberechtigung.....	45
Wir wollen eine tolerante, weltoffene Stadt des sozialen Ausgleichs.....	47
Sportstadt Mainz	51
Für ein ordentliches, sauberes und sicheres Mainz.....	55
Fragen der weiteren Zusammenarbeit	57

Präambel

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP begreifen Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe, die im alltäglichen Verwaltungshandeln verankert sein muss. Nachhaltigkeit ist Leitlinie und Orientierungspunkt unserer kommunalpolitischen Entscheidungen. Wir wollen die damit einhergehenden ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen gemeinsam angehen und den bislang eingeschlagenen erfolgreichen Weg zusammen fortsetzen. Wir verharren dabei keineswegs in einem „weiter so“, sondern wissen um die neuen und großen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen und wollen. Dabei setzen wir weiter auf kluge Lösungen, um nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen und unsere begrenzten Ressourcen möglichst schonend und effizient einzusetzen.

Die UN-Generalversammlung verabschiedete im September 2015 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Diese Agenda beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, wirtschaftlichen Fortschritt und Umweltschutz in Einklang zu bringen und gleichzeitig ein Bewusstsein für die noch immer bestehenden Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schaffen.

Wir betrachten die Agenda 2030 als Weiterentwicklung und Konkretisierung der Ziele der Lokalen Agenda 21, die auf dem Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit der Konferenz von Rio de Janeiro basiert. Diese war schon in den vergangenen Jahren eine wichtige Grundlage unserer kommunalpolitischen Zusammenarbeit. Fairem Handel und fairer Beschaffung sind wir schon seit Jahren verpflichtet. Die Auszeichnung als Fair Trade-Stadt ist nur ein Beispiel dafür. Unsere gemeinsame Politik steht für dauerhafte, langfristige und tragfähige Entwicklungen in unserer Stadt, die eine Umkehr von eingefahrenen Wachstums- und Konsummustern bedeuten. Bei keinem anderen Thema gilt der Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ mehr als beim Klimaschutz. Aus diesem Grund muss in globalen Zusammenhängen gedacht und auf lokaler Ebene gehandelt werden.

Das Prinzip „Global denken, lokal handeln“ kann effektiv nur durch Aktivitäten der Städte und Gemeinden vor Ort umgesetzt werden. Wir wollen einen sichtbaren und messbaren Beitrag der Sustainable Development Goals (SDGs) in Mainz auf lokaler Ebene leisten. Nachhaltigkeit ist die Kernbotschaft unserer weiteren politischen Zusammenarbeit. So lautet zum Beispiel das Ziel 11 der UN-Deklaration: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.“

Daraus leiten wir ab: Die weitere Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unter besonderer Berücksichtigung des sich wandelnden Klimas und der Erhitzung des städtischen Raums in Mainz. Die Koalition hat ihr selbstgestecktes Ziel in den Jahren 2011 bis 2020 6.500 Wohnungen zu errichten, bereits Ende des Jahres 2018 erreicht. Wir setzen uns das Ziel, bis 2024 insgesamt 6.000 neue Wohnungen im Mainzer Stadtgebiet entstehen zu lassen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Schaffung geförderter Wohnraums. Zum Nachhaltigkeitsziel für Städte und Gemeinden gehört auch der weitere Ausbau des Umweltverbundes, d.h. konkret die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Ausbau der Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrende, Bekämpfung der Armut und Stärkung der sozialen Teilhabe, Gleichberechtigung, Weltoffenheit, Toleranz und umfassende Barrierefreiheit sind weitere Prämissen unserer Politik.

Wir wollen eine nachhaltige und moderne Energieversorgung für Alle erreichen. Das heißt für uns, den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie und deren Nutzung für Bürger*innen sowie Unternehmen in Mainz zu sichern.

Wir haben zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung einen substanziellen Beitrag geleistet und wollen diesen Weg fortsetzen: Wir wollen die vielfältige Wirtschaftsstruktur der Stadt mit dem ausgeprägten Branchenmix aus Industrie, Dienstleistungen, Medien, Tourismus, Gesundheit, Gastronomie, Handel, Weinbau und Handwerk erhalten und weiterentwickeln. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf unsere mittelständischen Unternehmen. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Wirtschaftskraft der Stadt. Gleichzeitig wollen wir Mainz als Standort für Gründer*innen stärken. Sie schaffen die Arbeitsplätze der Zukunft.

Wir treten für eine solide Haushaltspolitik und den Abbau von Schulden ein. Nur so können wir die Erfüllung unserer infrastrukturellen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gewährleisten. Gleichzeitig eröffnen wir dadurch zukünftigen Generationen Handlungsspielräume und Optionen.

Wir treten auf Grundlage der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Mainz ein. Um dies zu verdeutlichen, wollen wir die im globalen Rahmen gültigen Nachhaltigkeitsziele durch unsere konkrete Politik für Mainz umsetzen. Dies führt dazu, dass wir den Anspruch haben müssen, für einige Handlungsfelder neue und ungewohnte Lösungen zu finden und umzusetzen, weil wir für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft neues, innovatives sowie kreatives Denken und Handeln brauchen.

Eine Stadt für Alle: Stadtentwicklung ist auch Sozialpolitik

Wir betreiben eine moderne, an ökologischen, sozialen und wirtschaftlich nachhaltigen Kriterien orientierte Stadtentwicklung. Wir berücksichtigen dabei auch die Anforderungen, die an ein qualitatives Wachstum gelegt werden, denken Nahverkehrsverbindungen immer mit. Zugleich denken wir in Lebensräumen.

Wir werden das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) weiterführen, dafür möglichst viele Förderprogramme abrufen und die Grüne Achse in der Innenstadt weiterentwickeln. Wir betrachten allerdings nicht nur unsere Innenstadt. Zur Entwicklung einer städtebaulichen Vision für „Mainz im Jahre 2050“ wollen wir einen Prozess mit großer Bürger*innenbeteiligung auflegen, in dessen Rahmen der Landschaftsplan besondere Berücksichtigung finden wird. Wir werden es unseren stadtnahen Gesellschaften ermöglichen, die Planung und Durchführung von einzelnen Bauprojekten wie Sporthallen und Schulbauten zu übernehmen.

Städtebauliche Qualität

Eine Aktualisierung der Dachbegrünungssatzung und Grünsatzung ist bereits in Arbeit. Fassadenbegrünung trägt zur Erhöhung der biologischen Vielfalt und zu einem verbesserten Mikroklima bei. Daher soll Fassadenbegrünung nunmehr auch Bestandteil der neuen Grünsatzung werden. Zudem prüft die Stadt Mainz über die Stiftung Klimaschutz und Energieeffizienz, ob es die Möglichkeit eines Förderprogramms gibt.

In städtebaulichen Wettbewerben und in Gestaltungshandbüchern wollen wir ökologische Aspekte gleichberechtigt als Entscheidungskriterium aufnehmen. Bei städtischen Gebäuden investieren wir in unser Eigentum. So erhalten wir deren Wert und sorgen für einen weiteren Abbau des Sanierungsstaus. Wir wollen den Planungs- und Gestaltungsbeirat möglichst früh in Planungen einbinden, um wirtschaftliche und gestalterische Aspekte zu verbinden. Bei Vereinfachungen zur Baukostensenkung wollen wir keine Absenkung von Umweltstandards, den Aufwand und Effekt von Standards werden wir allerdings beachten. Wir werden die Schlosssanierung fortführen und das Schloss zu einem Kongresszentrum weiterentwickeln dabei berücksichtigen wir den Charakter als „Gud Stubb“ von Mainz. Wir stehen auch zur Sanierung unseres Rathauses und wollen das Umfeld vor dem Rathaus bürgerfreundlich gestalten, die Freitreppe zum Rhein realisieren sowie ein Bürgercafé im Rathaus mit attraktivem Außenbereich am Rhein schaffen. Die derzeit im Sanierungsprozess befindliche Rheingoldhalle soll zusammen mit dem Schloss zum Ankerpunkt eines modernen Kongresstourismus werden, der mittlere und kleine Tagungen anzieht. Lage und bauliche Gegebenheiten beider Gebäude bieten hohe Potenziale.

Wohnen muss bezahlbar sein

Eine Trendwende beim sozial geförderten Wohnraum haben wir erreicht. Erstmals stieg die Anzahl geförderter Wohnungen von knapp über 5.000 in 2014 auf fast 6.000 in 2018. Wir wollen das Angebot an geförderten Wohnungen in der Wahlperiode bis 2024 substanziell erhöhen. 6.000 neue Wohneinheiten bringen wir bis 2024 auf den Weg, davon wird rund ein Drittel sozial gefördert sein. Mit Hilfe des Landes werden wir zudem den Ankauf von Belegungsrechten forcieren.

Wir werden dabei auf eine gute soziale Durchmischung achten, den Erwerb und Bau von Wohneigentum ebenfalls fördern und das Zweckentfremdungsverbotsgesetz des Landes umsetzen.

Die kommunale Wohnungsgesellschaft unserer Stadt, die Wohnbau Mainz GmbH, werden wir weiter stärken. Sie hat den Auftrag, bezahlbare Mieten für breite Schichten der Mainzer Bevölkerung anzubieten. Daher werden wir folgende drei Punkte umsetzen:

- Der geförderte Wohnungsbestand der Wohnbau Mainz GmbH soll in den kommenden fünf Jahren auf 5.000 Wohneinheiten gesteigert werden. Die bisherige Zielmarke wird damit um 1.000 Wohneinheiten netto übertroffen.
- 80 Prozent des Wohnungsbestandes der Wohnbau Mainz GmbH werden maximal zum Median des Mainzer Mietspiegels vermietet.
- Die Koalition will den zukünftigen Anstieg der Vergleichsmieten über die von Bundes- und Landesebene veranlassten gesetzlichen Regelungen der Mietpreisbremse und Kapungsgrenzverordnung hinaus weiter begrenzen. Daher wird sie im eigenen städtischen Wohnungsbestand und durch entsprechende Veranlassung der Stadtgremien gegenüber der Wohnbau Mainz GmbH sicherstellen, dass im jeweiligen frei finanzierten Wohnungsbestand bei Mieterhöhungen in laufenden Mietverhältnissen die Jahresmieteinnahmen, die sich nach § 558 BGB auf den Median des Mainzer Mietspiegels ausrichten, nur um höchstens 1 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis steigen werden.

Die Entwicklung der GFZ-Kaserne und der Housing Area zu baulich und ökologisch qualitätsvollen Wohnquartieren mit bezahlbarem, barrierefreiem Wohnen treiben wir voran. Die Förderung von Baugemeinschaften, gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem sowie generationsübergreifendem Wohnen bleibt weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt unserer Wohnungspolitik. Im Bereich des studentischen Wohnens sehen wir weiterhin das Studierendenwerk in zentraler Verantwortung. Der Bedarf für Wohnungen für Azubis wird untersucht. Hier gilt es, bei Engpässen in Zusammenarbeit mit den Kammern auszuweichen.

Der Koalition ist es besonders wichtig, dass Gesetze zum Schutz der Mieter*innenschaft (z. B. Mietpreisbremse, Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum) eingehalten werden. Wir werden daher prüfen, auf welche Art und Weise die Stadt Mainz dieses Anliegen unterstützen kann.

Für Teilbereiche der Stadt, insbesondere der Alt- und Neustadt, streben wir die Entwicklung von Milieuschutzsatzungen an.

Die Stadt Mainz hat sich 2015 eine moderne Stellplatzsatzung gegeben, die die Investitionskosten beim Bau von Wohnungen senkt und die auf moderne Verkehrsmittel wie Rad und ÖPNV setzt. Die Koalition wird diese Stellplatzsatzung zeitnah modernisieren: So sollen Konzepte wie Carsharing und moderne Mobilitätskonzepte sowie E-Mobilität Berücksichtigung finden.

Bodenpolitik und Liegenschaften

Instrumente zu einer wirksamen Vorbeugung gegen Bodenspekulation werden wir prüfen. Für uns hat die Bewirtschaftung und Nutzung von Gebäuden in städtischem Eigentum Vorrang vor Anmietungen. Ein positives Beispiel dafür ist der gelungene Ankauf der Immobilie in der Großen Bleiche für das dortige Stadthaus. Wir sprechen uns dafür aus, Grundstücke immer dann, wenn es möglich und sinnvoll ist, in städtischer Hand zu belassen oder an stadtnahe Gesellschaften zu veräußern sowie im Zweifelsfalle auch in Erbbaupacht zu vergeben. Wir sprechen uns für die Konzeptvergabe bei Grundstücksüberlassungen aus und wollen eine aktive Bodenbevorratung für Wohn- und Gewerbeflächen betreiben.

Öffentliche Flächen und Plätze

Die Erweiterung, Entwicklung und Gestaltung öffentlicher Räume ist eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Stadt. Wir wollen öffentliche Räume und Plätze erhalten, an die Herausforderungen einer sich durch die Klimaveränderung aufheizenden Stadt anpassen und verschönern. Wir wollen sie als Freiräume sichern und entwickeln. Öffentlicher Freiraum in Mainz soll nicht reduziert werden. Kompensationen müssen ortsnah und mindestens in gleicher Qualität erfolgen. Bei neuen Baugebieten, auch bei Innenentwicklung, soll angestrebt werden, dass innerhalb des Planungsgebietes genügend Grünflächen vorhanden sind (mindestens 12 m² je Einwohner*in nach DIN 18034).

Um den Mainzer*innen an möglichst vielen Orten die Möglichkeit zum Austausch und zum geselligen Miteinander zu geben, sind an geeigneten Stellen Sitzgruppen, die auch seniorengerecht sind, zu installieren. An geeigneten Stellen sollen zudem Trinkwasserspender installiert werden.

Um Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung und der Stärkung des historischen Profils im Stadtgebiet gemeinsam zu denken, wollen wir erreichen, dass sich die Landeshauptstadt Mainz für eine Landesgartenschau bewirbt. Kernbereiche könnten die Zitadelle, die römische Meile vom neuen Römisch-Germanischen Zentralmuseums, dem Römischen Theater und dem Drususstein sowie dem notwendigen Brückenschlag dieser Meile hin zum Rhein sein. Ein so ausgerichteter Planungs- und Realisierungsprozess birgt die Chance, in einem Kernbereich von Mainz öffentliche Grün- und Naherholungsflächen aufzuwerten und eines der großen Pfunde unserer Stadtgeschichte, das römische Mainz, zu erhalten und attraktiv und zugänglich zu präsentieren.

Bespielbare und erlebbare Stadt

Öffentliche Plätze sollen aufgewertet und wo immer möglich mit Spielgelegenheiten ausgestattet werden. Die Schaffung von Spielplätzen ist elementare Aufgabe einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung. Wir möchten mehr generationenübergreifende Spielplätze: Hier treffen sich Alt und

Jung, um sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bewegen und Kontakte aufzubauen, von denen Menschen aller Altersgruppen profitieren.

Wir unterstützen die Forderung nach mehr und ausreichend großen Abfallbehältnissen. Wir sprechen uns für die Ausweisung weiterer Grillplätze mit entsprechenden Abfall- und Toiletteneinrichtungen im öffentlichen Raum aus.

Rheinufergestaltung

Der Masterplan Rheinufer soll aktualisiert und schrittweise umgesetzt werden. Verweilmöglichkeiten am Wasser (Rheinufer und innerstädtischen Hafengebiete) wollen wir sichern und mit Grünflächen zunehmend attraktiver entwickeln. Dabei sollen auch die Möglichkeiten für den Freizeitsport verbessert werden.

Festivitäten, wie Frühjahrsmesse, Weintage etc. sollen nur noch auf der Fläche vom Rathaus bis zum Kaisertor stattfinden, um die Grünflächen zu schützen.

Schlossumfeld

Der Schlosspark, als moderner Bürger*innenpark im Regierungsviertel, soll als Grünfläche mit hoher Aufenthaltsqualität entwickelt werden. Der frei werdende Pavillon am Ernst-Ludwig-Platz soll ersatzlos wegfallen, um zusätzlichen Freiraum zu gewinnen. Eine größtmögliche Entsiegelung der Flächen in diesem Bereich soll umgesetzt werden.

Geschossbau/Wohnbaupotenziale

Wir wollen die Möglichkeiten der Geschosshöhe ausschöpfen, dort wo es städtebaulich erforderlich ist und auf Akzeptanz stößt.

Wohnquartiere

Die Stadt Mainz wird auch in den kommenden Jahren wachsen und Nachverdichtung stößt an Grenzen. Wir möchten uns bereits heute Gedanken machen, wie über die bestehenden Wohnbaupotenziale hinaus eine nachhaltige Stadtentwicklung für das Wohnen möglich wird. Dazu wollen wir ergebnisoffen untersuchen, welche Flächen in Mainz zur zukünftigen Entwicklung von Wohnquartieren geeignet sind.

Wir werden dabei streng beachten, dass zukünftige Entwicklungsmaßnahmen nicht zur Aufheizung der Mainzer Innenstadt führen. Auch deshalb nehmen wir bei planerischen Entscheidungen eine besondere Rücksicht auf die Erhaltung der vitalen Funktionen von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftbahnen bzw. -schneisen.

Das Bevölkerungswachstum in Mainz steht im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum im regionalen Umfeld unserer Stadt. Bei der zukünftigen Entwicklung von Flächen, sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe, ist deshalb die regionale Kooperation zu verstärken.

Gewerbeflächen

Für die Stadt Mainz ist es eine Daseinsvorsorge, ausgewiesene Flächen zur Neuansiedlung, Verlagerung und/oder Erweiterung von Gewerbegebieten vorzuhalten.

Wir werden Potenzialflächen bestimmen, die vorrangig für kleinere und mittlere Handwerks- und Produktionsbetriebe sowie Zukunftstechnologien geeignet sind. Dazu werden wir die Detailuntersuchungen, Flächenerwerbsprüfungen und die Vorbereitung von Bauleitplanverfahren weiter vorantreiben.



Um unsere Stadt inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten, stellen wir sicher, dass alle Mainzer*innen Zugang zu angemessenem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum haben und sorgen durch Entsiegelung und verstärkte Pflege für mehr Grünflächen in unserer Stadt.

Klimaschutz, Ökologie und Energie

Für aktiven Umweltschutz, den Erhalt der Grünflächen, der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und naturnahe Gestaltung der Wasserläufe setzen wir uns ein. Mit der Biodiversitätsstrategie soll die Artenvielfalt erhalten oder sogar wieder ausgebaut werden.

Der aktive Klimaschutz ist uns ein zentrales Anliegen. Die Maßnahmen des Masterplans 100% Klimaschutz werden vorangetrieben. Klimaanpassung ist als Verwaltungsaufgabe einzuführen und auszustatten. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Stadtverwaltung als Selbstverpflichtung und Vorbild, z.B. bei Energieversorgung, Vergaben und Beschaffung. Der Stadtrat hat mit seinem Beschluss zum Klimanotstand und den dort beschriebenen Maßnahmen bereits eine Richtschnur gegeben. Die Koalition bekennt sich zu den dort formulierten Zielen und wir erwarten, dass Beschlussvorlagen der Verwaltung die klimatischen Auswirkungen nachvollziehbar und transparent darstellen.

Zum besseren Verständnis der Klimaschutzstrategien soll der Mainzer Klimaschutz auf der Homepage der Stadt Mainz visualisiert werden, hier soll auch ein CO₂-Fußabdruckrechner eingebunden werden.

Auch kleinere Grünanlagen, Dachbegrünungen, Fassadenbegrünung, Blühflächen und jeder einzelne Baum tragen einen wichtigen Anteil zu Artenvielfalt und Stadtklima bei und sollen erhalten und die Schaffung gefördert werden. Die Koalition wird ein Förderprogramm über die Mainzer Stiftung für Klimaschutz und Energieeffizienz anregen, um der Bedeutung dessen Rechnung zu tragen und Privatpersonen hierbei zu unterstützen.

Insbesondere Bäume spielen eine wichtige Rolle. Sie sind Sympathieträger, prägen das Erscheinungsbild unserer Stadt und verbessern durch Sauerstoffproduktion, CO₂-Bindung, Staubfilterung und Schattenbildung nachhaltig das Stadtklima. Daher ist es das Ziel der Koalition, die Anpflanzung von Bäumen zu intensivieren. Stadtbäume bedürfen, insbesondere angesichts der Klimawandels, intensiverer Betreuung und Bewässerung. Um diesen erschwerten Bedingungen Rechnung zu tragen und mehr Bäume in die Stadt zu bringen, verpflichtet sich die Koalition einen Baumtrupp einzurichten, der diese Aufgabe künftig erbringt.

Eine Novellierung der Grün- und Dachbegrünungssatzung wurde bereits im Stadtrat aufgrund der klimatischen Veränderungen beschlossen. Die Neufassung der Grünsatzung wird auch die Verpflichtung zur gärtnerischen Gestaltung bei Neuplanungen enthalten, die Schottergärten ausschließt.

Für die Entwicklung der Stadt ist Flächenrecycling Vorrang zu geben. Grün- und Freiflächen tragen nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern durch ihre Naherholungsfunktion auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb sind Grünanlagen schützenswert, zusammenhängende Grünflächen sollen durch Satzung vor Bebauung geschützt werden. Bei öffentlichen Flächen soll geprüft werden, ob Entsiegelungen als Beitrag zum Mikroklima und zur Versickerung möglich sind.

Für den Schutz der Artenvielfalt und des städtischen Klimas sind innerstädtische Biotopflächen wichtig. Diese stehen unter erheblichem Druck und müssen künftig intensiver betreut werden. Der ökologische Wert von Flächen, auf denen sich über Jahre und Jahrzehnte wertvolle Baum- und Gehölzstrukturen gebildet haben, soll stärker berücksichtigt werden. Für diese Ziele muss das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden. Deshalb soll die Biotopkolonne aufgestockt werden.

Eine Solaroffensive für Mainz wollen wir auf den Weg bringen. Durch eine Solarsatzung soll Solarenergie in Mainz ausgebaut werden. Dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, ist Solarenergie verpflichtend zu nutzen. Die Stadt soll mit ihren Gebäuden Vorbildcharakter einnehmen und an andere gesellschaftliche Akteure mit geeigneten Dachflächen herantreten. Geeignete öffentliche Dächer sollen auch an Energiegenossenschaften verpachtet werden. In der Bestandssanierung sollen Potenziale der Solarthermie bei der Warmwasserbereitung stärker genutzt werden, um Strom, Gas und Öl zu sparen und somit die CO₂-Emissionen deutlich zu senken. Mögliche Investitionsprogramme, auch in Kombination mit Solarspeichern, sollen in Mainz ausgebaut werden.

Freiflächenphotovoltaik soll dort möglich sein, wo sie mit dem Naturschutz kompatibel ist. Ein großes Potenzial für Solarenergie in Kombination mit Elektromobilität bieten Solarcarports auf großen Parkplätzen.

Die Koalition begrüßt, dass in Mainz der Ausbau der Windenergie derzeit vorangeht und die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Flächen bebaut werden. Windkraftflächen, zusätzlich zu den Ausweisungen im Flächennutzungsplan, sind derzeit nicht vorgesehen.

Die Umstellung auf LED bei Straßen- und Wegebeleuchtung wird fortgeführt und verstärkt mit geringer Lichtemission mit Blick auf Energieersparnis und Artenschutz umgesetzt. Dabei sollen insbesondere auch smarte Lösungen geprüft werden.

Fern- und Nahwärmenetze sollen ausgebaut werden. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energie im Fernwärmenetz steigern.

Ökologische Gebäudestandards sollen durch Berechnung von Lebenszykluskosten und Betriebskosten und durch das Anstreben des Passivhausstandards erreicht werden. Ebenso soll das ressourcenschonende Konzept von „Cradle to Cradle“ (C2C) zum Erreichen von ökologischen Baustandards genutzt werden. Hierzu soll ein städtisches Bauprojekt wie eine Schule als Beispiel dienen.

Die bestehende Power-to-Gas-Anlage im Energiepark Hechtsheim ist ein wichtiger Baustein für Speichertechnologie, die wir weiter unterstützen. Ziel muss es sein, auch in Mainz eine Wasserstofftankstelle zu schaffen für die Nutzung von Brennstoffzellentechnologie als Baustein der Mobilitätswende.

Die Koalition begrüßt die Pläne, die Kläranlage mit einer 4. Reinigungsstufe auszustatten und in diesem Zuge die dafür benötigte Energie per Elektrolyse zu gewinnen. Angewandte Forschung soll zum weiteren Ausbau von zukunftsfähigen Technologien genutzt werden und Kooperationen werden weiter ausgebaut.

Durch die KLIMPRAX-Studie wird die Problematik der Erwärmung der Stadt illustriert. Das Fünf-Finger-Prinzip mit seinen Frischluftschneisen bildet ein wichtiges Gerüst zum Schutz des innerstädtischen Klimas, sollte aber durch den Schutz von Kaltluftentstehungsgebieten erweitert werden. In Ergänzung zur Erwärmung der Stadt soll das Modell mit Blick auf den Klimawandel auch die Gefahr künftiger Starkregenereignisse abbilden.

Den Hochwasserschutz wird die Koalition zur Anpassung an die durch den Klimawandel häufiger und extremer auftretenden Ereignisse ausbauen. Hierzu gehört sowohl der technische Hochwasserschutz als auch die Anlage von Versickerungs- und Retentionsmöglichkeiten zur Flächenentwässerung. Die Gewässerrenaturierung am Aubach wird umgesetzt und darauf aufbauende Projekte vorgeschlagen.

Es werden alle Maßnahmen ergriffen, um das Recht auf saubere Luft zu gewährleisten, insbesondere durch die Maßnahmen aus dem Masterplan M³.

Die Stadt Mainz setzt ihren Kampf gegen den zunehmenden Fluglärm fort. Ziele sind dabei ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, eine Deckelung der Flugbewegungen, verbesserte An- und Abflugverfahren mit höheren Anflugwinkeln, aktive Schallschutzmaßnahmen und die verstärkte lärmabhängige Staffelung von Start- und Landegebühren. Die Absenkung der Anflughöhen über Rheinhessen lehnen wir strikt ab. Die Koalition setzt sich auf allen Ebenen für die Entwicklung, Ermittlung und Einhaltung von Grenzwerten für Ultrafeinstaub ein.

Ziel der Koalition ist es, im Rahmen der Kreislaufwirtschaft die Recyclingquote zu erhöhen. Dazu soll die Sammlung von Glas und Leichtverpackungen in der Hand des Entsorgungsbetriebs liegen. Wir setzen uns für die Durchsetzung der verbindlichen Mehrwegpflicht bei öffentlichen Veranstaltungen ein.

Pfandsammelnde sollen Pfandbehältnisse leicht auffinden, sicher aufsammeln und in den Mehrwegkreislauf zurückführen können. Lebensmittelverschwendung ist zu vermeiden.

Die Stadt muss auch für die Tierwelt lebenswert bleiben und Tierleid vermieden werden. Durch mehr Taubenschläge kann die Population der Tauben tiergerecht kontrolliert werden. Eine Kastrationspflicht für Freigänger-Katzen ist einzuführen.



Wir wollen für die Mainzer*innen gute und gesunde Ernährung ermöglichen und nachhaltige Landwirtschaft fördern. Hier können wir an die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre anknüpfen und weiterhin für eine ressourcenschonende Landwirtschaft sowie die Stärkung der regionalen Produktionsstandorte arbeiten.



Die Gesundheit der Bürger*innen steht für uns an erster Stelle. Deshalb setzen wir den Kampf gegen Fluglärm konsequent fort. Mit geeigneten Maßnahmen und Werkzeugen wie z.B. dem Masterplan Green City werden wir die Lebensqualität in Mainz noch weiter steigern.



Wir wollen den bezahlbaren und verlässlichen Zugang zu nachhaltig erzeugter Energie für alle Bürger*innen sicherstellen. Hierzu sollen durch unsere stadtnahen Gesellschaften weitere Entwicklungen nachhaltig vorangetrieben werden. Kommunale Versorgung ist für uns dabei Mittel der Wahl.



Wir haben mit dem Masterplan 100% Klimaschutz und auch bereits zuvor begonnen, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen. Die beschlossenen Maßnahmen müssen konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Wir geben uns beim Klimaschutz nicht mit dem Erreichten zufrieden, sondern streben ständig nach weiteren Verbesserungen.



Unser Beitrag zur Bewahrung und nachhaltigen Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen beginnt selbstverständlich am Rhein, der Lebensader unserer Stadt. Auch als wirtschaftlichen und touristischen Faktor wollen wir ihn schützen und nutzen und hierfür mittels geeigneter Maßnahmen die Attraktivität des Rheins und des Rheinuferes weiter erhöhen.



Wir werden weiterhin unsere Ökosysteme schützen, wo es geht, sie auch wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Bodendegradation beenden sowie umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen. Mit der „Mainzer Strategie für biologische Vielfalt – Gemeinsam für mehr Natur in der Stadt“ sind wir hier auf dem richtigen Weg.

Mobilitätswende in Mainz – rücksichtsvoll, umweltfreundlich und sicher

Für die Koalition hat der Paragraph 1 der Straßenverkehrsordnung nichts an Aktualität eingebüßt: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.“

Im Gegenteil, es ist vollkommen notwendig, immer wieder daran zu erinnern, dass bei der Teilnahme am Straßenverkehr ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht erforderlich sind und dass alle Verkehrsteilnehmenden sich so zu verhalten haben, dass Andere weder geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt werden.

Die Koalition bekennt sich dazu, die Infrastruktur der Stadt unter und über der Erde weiter zu erhalten, zu sanieren und zu pflegen.

Wir planen in den nächsten Jahren, die Verkehrsträger des Umweltverbunds besonders zu unterstützen und den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsträger attraktiver zu machen:

In den nächsten Jahren soll der Fußverkehr stärker als eigenständige und gleichberechtigte Verkehrsform gewürdigt werden und Teil dieser Offensive ist die Steigerung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität. Dies soll auch durch die Wahl von Straßenbelägen und Querungshilfen erfolgen.

Für eine zukunftsfähige urbane Mobilität ist der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unverzichtbar, was aber über das bisherige Konzept von Nutzer*innen- und Querfinanzierung dauerhaft nicht (oder nur schwer) zu leisten ist. Um den Fuhrpark des ÖPNV funktionsfähig und zukunftsfest zu machen sowie den Komfort zu erhöhen, stehen Fahrzeugneuschaffungen und der Ausbau des Betriebshofs der Mainzer Mobilität an, ebenso wie die weitere Umrüstung der fossil betriebenen Fahrzeugflotte auf Elektro- bzw. Brennstoffzellenbusse.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme der Mainzelbahn bekennt sich die Koalition zum weiteren Straßenbahnausbau: Das Straßenbahnnetz bildet das Rückgrat eines leistungsfähigen und komfortablen Nahverkehrs. Hierfür soll die An- bzw. Verbindung Schillerplatz/Binger Straße als Umfahrung des überlasteten Mainzer Hauptbahnhofes, unter Berücksichtigung der Belange des Fahrradverkehrs, schnellstmöglich realisiert werden. Für eine Straßenbahnverbindung ins Heiligkreuz-Viertel und den im Flächennutzungsplan bereits festgelegten Innenstadtring werden zeitnah Machbarkeitsstudien beauftragt. Auch eine Anbindung nach Ebersheim und darüber hinaus ins rheinhessische Umland soll auf der Agenda bleiben. Mittel- und langfristige Potenziale für den Straßenbahnausbau sollen entwickelt werden. Das ÖPNV-Konzept Rheinhessen soll als Stärkung der Stadt-Umland-Beziehungen, wo möglich, auch Straßenbahntrassen ins rheinhessische Umland enthalten.

Wenn in Wiesbaden eine Mehrheit für den Bau der Citybahn zustande kommt, dann leistet Mainz seinen Beitrag. Dabei ist die Leistungsfähigkeit der Theodor-Heuss-Brücke ein entscheidender Faktor. Die Kapazitäten der Brücke wurden im Gutachten positiv prognostiziert. Die Frage von Zuglängen und Doppeltraktion wird ergebnisoffen geprüft.

Für alle Planungen im Bereich des Straßenbahnausbaus ist eine Bürger*innenbeteiligung nach Vorbild der Mainzelbahn unerlässlich.

Die Koalition bekennt sich zu einem ÖPNV, der für alle Gebiete der Stadt eine gute Erreichbarkeit und Taktung sicherstellt, um den ÖPNV gegenüber privaten Kraftfahrzeugen konkurrenzfähig zu machen. Die Nutzung von Bus und Bahn muss ausreichend Kapazität haben, damit alle, auch mobilitätsingeschränkte Menschen, Kinderwagen usw. bequem Platz darin finden. Dafür braucht es eine Verstärkung des Angebots.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Anbindung neuer Gebiete schon früh in der Planung mitgedacht und berücksichtigt wird. Das gilt auch für die Anbindung von Arbeitsplatzstandorten (Industrie- und Gewerbegebiete). Um die Nutzung attraktiv zu machen, gilt es, neben den standortnahen Haltestellen, auch über eine Jobticketoffensive Pendler*innen für den ÖPNV zu gewinnen.

Eine weitere Säule für einen attraktiven ÖPNV ist die Preisgestaltung. Hier gilt es, die Fahrpreisentwicklung zu stabilisieren. Die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets wird angestrebt, kann aber nur mit Unterstützung von Bund, Land und im Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden gelingen.

Neben dem Nahverkehr ist für eine Metropolregion auch ein attraktiver Fern- und Regionalverkehr von großer Bedeutung. Deshalb befürworten wir den dreigleisigen Ausbau in Richtung Gau-Algesheim und eine Verbesserung bzw. ein Ausbau der Schieneninfrastruktur auf der Bahnstrecke südlich des Mains in Richtung Frankfurt (im Bereich des Rhein-Main-Verkehrsverbundes). Der Haltepunkt Schott schafft Verbesserungen für Pendler*innen, dabei ist eine gute Anbindung in das benachbarte Industriegebiet zu erhalten. Für die Anbindung des neuen Haltepunkts soll ein Rahmenplan erstellt werden, der auch die Anbindung an den innerstädtischen Nahverkehr sowie eine Gestaltung des Umfelds umfasst.

Der Radverkehr hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Koalition bekennt sich dazu, diesem Zuwachs Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse des Bürger*innenbeteiligungsprozesses „Radkonsens“ (Bypad Audit) sind für uns die Grundlage für eine Weiterentwicklung des Radverkehrs in Mainz.

Bei der Zielsetzung, die Wegequalität für Fußgänger*innen und Radfahrende zu verbessern, ist eine Neuordnung bzw. Umgestaltung öffentlicher Flächen nötig. Dies muss im Dialog vor Ort geschehen. Routen aus allen Stadtteilen, ebenso Routen, die Stadtteile verbinden, sollen weiterentwickelt, beschildert und markiert werden. Die Routen sind so zu entwickeln, dass bestimmte Qualitäten der Wegeführung gegeben sind, z.B. Überholmöglichkeiten, auch für Lastenräder, müssen möglichst berücksichtigt werden. Eine besondere Rolle in der Diskussion spielt immer wieder eine erkennbare/intuitive Radverbindung von der Alicenbrücke zum Rhein. Hierfür sollen Optionen der Routenführung im Bleichenviertel, der Neustadt und über die Kaiserstraße durch ein externes Beratungsbüro geprüft werden und Empfehlungen erarbeitet und diese dann umgesetzt werden. Das Routenkonzept soll selbstverständlich breit kommuniziert werden.

Radspuren, Radrouten und Radwege sind immer straßenraumabhängig. Es gilt passgenaue Lösungen jeweils einzeln zu finden. Es gibt keine Patentlösung für alle Bereiche. Wo es sinnvoll und möglich ist, sollen auch Bestandsradwege unter Maßgabe der Mittelfreigabe gepflegt werden.

Zur Förderung des Radverkehrs und der Fahrradinfrastruktur wird ein Radverkehrsbüro aufgebaut und die Sachmittel für den Radverkehr auf 500.000 Euro pro Jahr verdoppelt.

Lichtsignalanlagen sollen zur Optimierung des Verkehrsflusses für alle Verkehrsteilnehmenden genutzt werden. Die Digitalisierung der Systeme soll auch zur Stärkung des Umweltverbunds genutzt werden.

Der Radweg entlang des Rheins ist sowohl eine wichtige Strecke für den alltäglichen Fahrradverkehr, als auch als europäischer Rheinradwanderweg für den Radtourismus. Hier kommt es immer wieder zu Nutzungskonflikten mit Festen. Eine Aufrechterhaltung dieser wichtigen Radroute bei Festen in Form einer Umleitung wird als notwendig erachtet. Die Koalitionäre treiben den Bau von Spindeln zur Verbesserung der Radverbindung über die Kaiserbrücke zur anderen Rheinseite weiter voran.

Das Abstellkonzept soll weiter vorangetrieben werden. Das bisherige Abstellkonzept soll ergänzt werden durch Abstellanlagen für Lastenräder. Wir halten den Aufbau einer Lastenradverleihstruktur mit Partner*innen für zielführend und regen an, dass die Mainzer Mobilität bei einer Weiterentwicklung von MeinRad auch Pedelecs und Lastenräder aufnimmt.

Der Straßenraum in Mainz ist weiter zugunsten des Umweltverbundes aus Radverkehr, ÖPNV und Fußverkehr sowie zugunsten von mehr Aufenthalts-, Grünflächen und Bäumen umzuverteilen. Schwerpunktmäßig soll dies im Rahmen städtebaulicher Entwürfe geschehen. In diesem Zusammenhang sollen auch autofreie Bereiche geprüft werden.

Der Umweltverbund soll weiter gestärkt werden, um einen Anreiz für einen Umstieg vom eigenen PKW zu befördern. Die Erreichbarkeit der Parkhäuser in der Innenstadt soll dabei gewährleistet bleiben.

Die Parkgebühren sind angemessen weiterzuentwickeln. Hierbei orientieren wir uns an Preissteigerungen im ÖPNV und dem regionalen Vergleich. Die guten Angebote der PMG sollen offensiv beworben werden. Parken auf der Straße muss immer teurer sein als im Parkhaus. Wir wollen prüfen, inwiefern die Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung für einen attraktiven ÖPNV zur Verfügung gestellt werden können.

Eine Potenzialanalyse hat ergeben, dass das Potenzial von Park and Ride-Angeboten geringer ist als vielfach angenommen. Dabei gilt, dass die Potenziale an Schienenwegen im Umland größer sind als bei innenstadtnahen Standorten. Aufgrund dieser Analyse ist in Mainz die Anbindung an das Straßennetz an vorgelagerten Standorten in den Blick zu nehmen. Die Koalition wird Park and Ride an der Mainzelbahn und dem Schienenstrang nach Hechtsheim weiterverfolgen.

Digitalisierung spielt auch im Straßenverkehr eine Rolle. Sowohl für Parkleitsysteme, die Optimierung von Lichtsignalanlagen und Echtzeitdaten für Bus und Bahn. Hier geschieht heute schon einiges, auch in der Umsetzung von Sensorik durch die Mainzer Stadtwerke. Es gilt diese Möglichkeiten noch stärker zu nutzen und zu prüfen, welche Daten über offene Schnittstellen zur Verfügung gestellt werden können. Die Digitalisierung bietet eine große Unterstützung bei der Umsetzung von Multimodalität, also der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel.

Auto teilen statt besitzen ist insbesondere in den eng verdichteten Quartieren in der Altstadt und der Neustadt bereits ein Erfolgsmodell. In Mainz hat sich der Anteil von Wegen, die mit Carsharing zurückgelegt werden, zwischen 2016 und 2019 durch ein gutes Angebot bereits verdreifacht. Die Koalition bekennt sich dazu, dass Carsharing eine wichtige Säule der Multimodalität ist und wird weitere Voraussetzungen schaffen, das Angebot stetig zu steigern.

Im Sinne der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes sind Landstromanschlussstellen für Binnenschiffe und Flusskreuzfahrtschiffe mit Unterstützung durch Bundesmittel auszubauen.

Die Koalition bekennt sich zum Ausbau der Knoten an der Rheinhessenstraße unter der Bedingung, dass eine Bevorrechtigung für den ÖPNV mitgeplant wird. Dies darf kein Präjudiz für einen vier- oder dreispurigen Ausbau der Rheinhessenstraße sein.

Um eine Straßenbahntrasse Richtung Rheinhessen zu schaffen, sollen die notwendigen Grundstücke gesichert werden. Die Koalition rechnet damit, dass sich in der nächsten Zeit Grundlagen für eine Förderung des Bundes und damit der Rentabilität einer Straßenbahnverbindung nach Ebersheim und darüber hinaus ins rheinhessische Umland ändern werden. Sollte es hier keine Veränderung bei der Frage der Rentabilität geben, wird die Option einer Busspur weiterverfolgt.

Wir erwarten die Ergebnisse der Verwaltungsuntersuchung über eine zusätzliche Rheinbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden. Eine Brücke für den motorisierten Individualverkehr, die zusätzliche Verkehre in die Innenstadt ziehen wird, lehnen wir ab. Ziel ist eine Entlastung der Stadt Mainz sowie der Mainzer Stadtteile. Eine zusätzliche Brücke für ÖPNV, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ist für uns denkbar.

Für Lieferverkehre gilt es neue Konzepte zu entwickeln. Für eMobilität, auch im Lieferbereich, soll die Infrastruktur weiter ausgebaut werden. Unnötigen Durchgangsverkehr durch Schwerverkehr lehnt die Koalition ab.

Es ist unser Ziel auch in Mainz eine öffentliche Wasserstofftankstelle zu schaffen, für die Nutzung von Brennstoffzellentechnologie als Baustein der Mobilitätswende, siehe Ökologie und Klimaschutz. Auch synthetische Kraftstoffe sind hier mit zu berücksichtigen.

Wir begrüßen die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere der Schulwegsicherheit und unterstützen weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und zur Senkung der Lärmbelastung wollen wir die Ausweitung von verkehrsberuhigten Bereichen vorantreiben.

Die Koalition setzt sich weiter bei Bund und Land für einen optimalen Lärmschutz für Marienborn und andere durch Verkehrslärm betroffene Bereiche ein.



Um unsere Stadt inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten, stellt uns auch der Verkehrssektor trotz der großen und erfolgreichen Schritte der letzten Jahre, wie die Inbetriebnahme der Mainzelbahn, weiterhin vor große Herausforderungen. Deshalb haben wir mit dem Masterplan M³ Green City bereits begonnen, diese Herausforderung anzugehen. Wir wollen weiterhin daran arbeiten, durch ein integratives Gesamtkonzept eine nachhaltige Verkehrsentwicklung zu fördern, die sowohl die Bedürfnisse der Bürger*innen als auch der lokalen Wirtschaft berücksichtigt.

Soziales

Jeder Mensch in Mainz hat das Recht auf selbstbestimmtes Leben. Wir Ampelkoalitionäre stehen zu dem Konzept der Selbstvertretung und unterstützen Institutionen, Initiativen und Gremien, die sich dafür einsetzen. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe stärken, Eigenverantwortung fördern, entsprechende Initiativen bedarfsgerecht weiterentwickeln und vertraglich absichern. Qualifikationen der Mitarbeiter*innen sind besonders zu fördern.

Der MainzPass soll weiterentwickelt werden. Bezüglich des ÖPNV soll die Test- und Evaluationsphase der Mainzer Mobilität abgewartet werden. Ziel ist es, ein günstiges rund um die Uhr gültiges Ticket anzubieten.

Die Schuldnerberatung wird finanziell gestärkt. Die offene Sprechstunde soll erhalten bleiben. Auch bekennen wir uns zur guten Arbeit der akzeptierenden Drogenhilfe und werden sie weiterhin ausreichend finanziell ausstatten. Die Angebote der integrierten Beratungsstellen (Erziehungsberatung) sollen gesichert werden.

Die Ampelkoalition steht zum politischen Auftrag, Armut zu bekämpfen und Menschen ein Leben in Selbständigkeit und Würde zu ermöglichen. Der „Runde Tisch Obdachlosigkeit“ mit Hilfsorganisationen und Verwaltung wird verstetigt. Ziel ist – vor allem für die Wintersaison – die Festlegung einer ausreichenden Anzahl von Übernachtungscontainern und Notschlafplätzen. Besondere Schutzbedürfnisse von Frauen sind verstärkt zu berücksichtigen. Dies gilt auch für Familien bei drohender Wohnungslosigkeit. Die abgestimmten Projekte zur Unterstützung von Wohnungslosen mit psychischen Erkrankungen sollen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ebenfalls stehen wir zu unserem städtischen Altenwohnheim sowie auch zur häuslichen Pflege und setzen uns für eine Vielfalt an Wohnformen für ältere Menschen ein: von der barrierefreien Wohnung über Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen bis hin zum Leben in Pflegeeinrichtungen. So hat die Stadt Mainz vorbildliche Modelle bei den Pflegestützpunkten. Unser Ziel ist es, durch Land und Betreiber diese wichtigen Bausteine für die Pflege auszubauen. Den Zugang der Pflegekräfte zu den zu Pflegenden wollen wir verbessern, daher werden wir vereinfachte Parkmöglichkeiten prüfen.

Wir fordern zudem die „Gemeindeschwester plus“ für Mainz.

Bei der Gestaltung öffentlicher Flächen sollen auch Treffpunkte für Senior*innen im Fokus der Planung liegen (z. B. Sitzbänke mit Lehnen).

Die Stadt Mainz versteht sich als familienfreundlicher Arbeitgeber und strebt deshalb an, weitere Zertifikate wie „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ zu erwerben.

Wir wollen die Rechte der Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik stellen.

Wir unterstützen die Einrichtung eines Mainzer Sozialkaufhauses.

Gemeinwesenarbeit und ihre Finanzierung sowie die der freien Träger

Die Gemeinwesenarbeit soll bedarfsorientiert weiter ausgebaut werden und ihre Finanzierung sowie die der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich muss in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden.

Wir begrüßen das Projekt der Wohnbau Mainz „Zuhause in Mainz“, welches nach dem Bielefelder Modell für gemeinschaftliches Wohnen arbeitet.

Ehrenamt

Wir sind dankbar für das große ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt. Viele Ehrenamtliche engagieren sich über alle Stadtteile hinweg in Vereinen, sozialen Einrichtungen und Initiativen. Wir wollen das Ehrenamt weiter fördern und werden deshalb das Ehrenamtsbüro bedarfsgerecht ausbauen.

Soweit in einem Stadtteil in absehbarer Zeit ein Bürgerhaus nicht realisierbar ist, werden wir uns im Interesse der Bürger*innen und der Vereine für geeignete Begegnungs- und Versammlungseinrichtungen einsetzen. Hierbei haben für uns bevölkerungsstarke und bislang unversorgte Stadtteile Priorität.

Teilhabe und Inklusion

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit in städtischen und stadtnahen Gebäuden ein. Barrierefreiheit muss konsequent umgesetzt werden und eine Überprüfung der baulichen Standards für Barrierefreiheit muss immer erfolgen. Auch Unternehmen und Institutionen sollen weiterhin ermuntert werden Barrierefreiheit umzusetzen. Bei Neubau, Umgestaltung oder Sanierung öffentlicher Gebäude sollen Toiletten grundsätzlich so gestaltet werden, dass die Anforderungen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen sowie von Familien, optimal erfüllt werden.

Wir wenden uns dagegen, arme Menschen und Obdachlose aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

Wir wollen Mainz zu einer barrierefreien, inklusiven Stadt weiterentwickeln, dabei soll insbesondere berücksichtigt werden:

- Wir streben eine Vervollständigung der Sehbehindertenleitlinien an und die Verlegung eines sauber geschnittenen Kopfsteinpflasters bei Umbaumaßnahmen.
- Kultur-Angebote in der Stadt Mainz müssen barrierefrei zugänglich sein.

Informationen, die öffentlich zugänglich sind, sollen in einfacher Sprache aufbereitet werden.



In unserer wachsenden Stadt kommt der Stadtentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Die Entschärfung der Lage am Wohnungsmarkt ist zu einer zentralen sozialen Frage geworden. Wir wollen durch gezielte Maßnahmen weiteren, nachhaltigen Wohnraum schaffen. Dabei schonen wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen und fördern zukunftsgerichtete Konzepte sowie alternative Wohnformen. Darüber hinaus prüfen wir alle Möglichkeiten, die wir auf der kommunalen Ebene haben, Armut weiterhin zu bekämpfen, indem wir uns beispielsweise eine Neuauflage des Mainzer Handlungskonzepts gegen Kinderarmut vornehmen.

Bildung und Teilhabe für Alle

Kitas

Die Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz in Mainz hat für die Koalition auch weiterhin oberste Priorität. Des Weiteren soll die Trägervielfalt in der Mainzer Kindertagesbetreuung erhalten bleiben. In den kommenden drei Jahren wollen wir deshalb 2.000 zusätzliche Kitaplätze schaffen und die Kindertagespflege weiter ausbauen. Hierzu müssen weitere Standorte in allen Mainzer Stadtteilen gefunden werden. Wir unterstützen die Umsetzung der angestoßenen Umstellung auf Frischeküchen. Alle neu zu planenden Kitas sollen so ausgestattet sein, dass Speisen frisch zubereitet werden können.

Der schnelle Ausbau der Kitas steht und fällt auch mit der Gewinnung des Personals. Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher in Mainz. Daher ist es dringend notwendig, das Verfahren zur Einstellung deutlich zu verkürzen. Unter anderem werden wir auch versuchen, die Attraktivität der Stadt Mainz als Arbeitgeber weiter zu steigern, beispielsweise durch Wohnungen und Kitaplätze für die städtische Mitarbeiterschaft.

Wir setzen uns für eine zuverlässige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung ein. Alle städtischen Kitas arbeiten inklusiv und gewünschte Betreuungszeiten sollen erfasst sowie bei Bedarf in Modellen geteilt werden.

Der Sozialraumbezug der Kitaarbeit ist uns wichtig und muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Eine alltagsintegrierte und kontinuierliche Sprachbildung in den Kindertagesstätten ist eine wichtige Voraussetzung für einen guten Spracherwerb aller Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Ressourcen in den Mainzer Kindertagesstätten vorgehalten werden.

Grund- und weiterführende Schulen

Die bestehenden Grundschulstandorte sollen weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Neubauten von Grundschulen sollen grundsätzlich als Ganztagschule konzipiert werden. Ziel soll sein, dass in jedem Schulbezirk ein Ganztagsangebot der Grundschule vorhanden ist.

Die Koalition möchte Schulen und Eltern motivieren, dass die Form der Ganztagschulen angenommen wird. Daher sollen Ganztagsklassen eingerichtet werden, in denen der Unterricht rhythmisiert erteilt wird. Initiativen zur Betreuung von Grundschulkindern, auch für Randzeiten und Ferienzeiten, sind zu unterstützen. Wir wollen die Ganztagschulen auch durch Kooperationen unterstützen, ein Angebot eines frischen regionalen Mittagessens zu entwickeln.

Bei der Sicherung der Schulwege wurden und werden bereits viele Maßnahmen umgesetzt, damit Kinder gefahrlos den Weg zur Schule zurücklegen können. Wir werden weiterhin in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Verkehrsverbänden dafür werben, dass Grundschulkindern zu Fuß und mit dem Fahrrad zur Schule kommen. Des Weiteren sollen die Schulwege barrierefrei gestaltet sein.

Wir freuen uns sehr, dass wir in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung nun endlich der seit Jahren großen Nachfrage und damit auch dem Wunsch der Eltern Rechnung tragen konnten, eine vierte Mainzer Integrierte Gesamtschule (IGS) und ein neues Gymnasium auf den Weg zu bringen. Nach dem von uns initiierten Stadtratsbeschluss in der vergangenen Wahlperiode und der Genehmigung des Landes sind nun die Planungen im pädagogischen sowie baulichen Bereich für das Startschuljahr 2020/21 im vollen Gange.

Abgesehen davon müssen und werden selbstverständlich auch die Schulsanierungen auf hohem Niveau fortgeführt. Bei Schulbauten setzen wir auf mehr Beteiligung von Schulgemeinschaft und des schulischen Umfelds.

Die Eigenständigkeit der Schulen und der Elternwille sind uns wichtig. Diese werden wir unterstützen und bei bestehendem Elternwillen längeres gemeinsames Lernen weiter fördern. Die bestehenden Kooperationen von Schulen und Vereinen werden weiterhin unterstützt und, wenn gewünscht, ausgedehnt. Kammern und die Agentur für Arbeit sollen verstärkt an Schulen für Ausbildungsberufe werben. Die städtischen Elterninformationen sollen in einfacher Sprache bereitgestellt werden.

Die Stadt Mainz ermutigt die Schulen, sich als Europaschule zertifizieren zu lassen. Auch stehen wir zu dem Ratsbeschluss, der die Verwaltung beauftragt, die Schaffung einer internationalen Schule in privater Trägerschaft in Mainz zu unterstützen.

Digitalisierung aller Mainzer Schulen

Nachdem bereits die ersten weiterführenden Schulen durch die Kooperation von Stadt und Mainzer Stadtwerken an das Glasfasernetz angeschlossen werden konnten, werden nun alle Mainzer Schulen schnellstmöglich an das Glasfasernetz angeschlossen und müssen dabei fachlich und technisch unterstützt werden, um ihre beim Schulträger eingereichten Planungen umzusetzen. Dies beinhaltet auch die Unterstützung bei der Beschaffung, Installation, Systemadministration und Pflege der Hard- und Software. Bei der Hardwarebeschaffung ist auf eine nachhaltige und zukunftsorientierte Nutzungsmöglichkeit zu achten.

Wir wollen allen Schüler*innen den Zugang zu modernen digitalen Medien und einen kostenlosen Internetzugang an der Schule ermöglichen, wobei die Stadt zugleich ein zentrales Angebot für die IT-Systemadministration weiterentwickelt.

Um das Ziel, die Digitalisierung aller Schulen, zu erreichen, müssen die Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes schnell abgerufen und nachhaltig investiert werden.

Berufsbildende Schulen

Wir setzen uns für die Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung ein.

Der moderne Raumbedarf wird weiterentwickelt und die BBS II soll an einem Standort zusammengeführt werden.

Inklusion

Inklusion ist eine Aufgabe aller Schulen und Schularten. Ziel soll sein, dass ein gymnasiales Angebot als Schwerpunktschule entsteht. Bei der Schulentwicklungsplanung soll das Inklusionsangebot gesondert betrachtet werden, um das Angebot auszubauen.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit trägt dazu bei, Schüler*innen im Bildungsprozess an den Mainzer Schulen zu begleiten und zu unterstützen. Das Angebot an Schulsozialarbeit soll sich an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientieren. Es soll weiter ausgebaut werden. Ziel ist, dass mit Kostenbeteiligung des Landes Schulsozialarbeit von der Grundschule bis zur Oberstufe angeboten wird.

Sportstätten

Die weitere Sanierung und der Bau von Sportstätten sind auch Maßnahmen zur Förderung von Schulsport. Eine Ausweitung des Schwimmangebotes für Grundschüler soll geschaffen werden, indem das neue Lehrschwimmbecken im Schwimmbad Mombach genutzt wird. Schulhöfe sollen naturnah umgestaltet werden und außerhalb der Unterrichtszeiten als Spielplatz für den Stadtteil geöffnet werden. Bei der Umsetzung soll das schulische Umfeld beteiligt werden.

Lebenslanges Lernen

Die Volkshochschule Mainz (VHS) wird weiterhin unterstützt, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Jedem muss die Möglichkeit zum Erwerb eines Bildungsabschlusses gegeben werden. Die Angebote sollen für Alle erreichbar, erschwinglich und zugänglich sein. Für die Inhaber*innen des Mainz-Passes soll es weitere Vergünstigungen geben.

Hochschulen

Wir bekennen uns zum Hochschulstandort Mainz.

Die Hochschulen in Mainz prägen unsere Stadt wie nur wenige Institutionen. Die Universität, die Hochschule für angewandte Wissenschaften und die Universitätsmedizin bieten gemeinsam mit nicht-staatlichen Einrichtungen eine Palette an Studiengängen an und tragen dazu bei, den Fachkräftebedarf zu decken und beleben das kulturelle und wirtschaftliche Leben sowie die Identität der Stadt. Wir möchten die guten Beziehungen zwischen den Hochschulen und der Stadtgesellschaft weiter ausbauen.

Ein Beirat für Hochschulfragen, die die Stadt betreffen, wie studentisches Wohnen, Mobilität und studentische Kultur, soll eingerichtet werden.

Jugend

Die kommunale Kinder- und Jugendarbeit und die der freien Träger orientiert sich an den Bedarfen junger Menschen und erreicht durch ihre niedrighschwelligigen Angebote eine Vielzahl junger Menschen.

Durch ihre Bandbreite an außerschulischen Angeboten, von Hausaufgabenbetreuung bis zu Freizeitmaßnahmen unterstützt sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die aufsuchende Arbeit stellt ein wichtiges Handlungsfeld in der Prävention dar und wird von uns weiterhin unterstützt. Ferienprogramme sind erfolgreich und sollen fortgesetzt werden. Inklusive Angebote sollen weiter ausgebaut werden.

Wir begrüßen das 10-Punkte-Programm der Mainzer Jugendorganisationen Grüne Jugend, Junge Liberale und Jusos. Auf dessen Basis werden wir gemeinsam mit den Betroffenen einen Jugendbeteiligungsprozess anstoßen. Ziel ist eine Beteiligungsplattform für Jugendliche zu etablieren und damit die Demokratie zu stärken.

Die Koalitionäre bekennen sich zur Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre und setzt sich beim Land dafür ein, dass die Stadtschülerversammlung mit Sitz und Stimme im Schulträgerausschuss vertreten sein wird. Zugleich unterstützen wir die schnelle Umsetzung des Konzeptes für die dezentrale Kinderbeteiligung in den Stadtteilen und stehen zu dezentralen Anlaufstellen für Jugendliche. Sozialraumbudgets sollen die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche fördern und kleinere Partizipationsprojekte ermöglichen. Das Angebot soll evaluiert und zeitgerecht weiterentwickelt werden. Außerdem sollen bei der Gestaltung öffentlicher Flächen auch Treffpunkte für Jugendliche im Fokus der Planung liegen.

Die Arbeit des Stadtjugendringes sowie der Jugendverbände ist uns wichtig und soll bedarfsgerecht verstärkt gefördert werden. Projekte, insbesondere für benachteiligte Jugendliche (bspw. Jobfux als Übergang von Schule zu Beruf) sollen ebenfalls bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Das OpenOhr wird weiterhin auf der Zitadelle stattfinden. Damit auch in Zukunft ein attraktives Programm aufgestellt werden kann, ist das Festival finanziell so auszustatten, dass es trotz höherer Anforderungen an Sicherheit, Denkmalschutz und Naturschutz weiterhin stattfinden kann.

Spielplätze

Das Angebot soll erweitert werden um generationenübergreifende und inklusive Spiel- und Bewegungsplätze. Dies ist wie die Finanzierung der Schulhöfe über die bisherigen Finanzierungsquellen („Kinderfreundliches Mainz“ und Ablösebeiträge) hinaus zu finanzieren.



Wir wollen Bildung und Teilhabe für alle, unabhängig von der sozialen Herkunft und von frühester Kindheit an, ermöglichen. Dafür bekennen wir uns zum weiteren Ausbau der Mainzer Schullandschaft sowie zum Aus- und Aufbau weiterer Betreuungsangebote und Kindertagesstätten.

Wirtschaft

Wir streben eine ressourcenschonende, klimaneutrale und soziale Wirtschaftsweise an. Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie ist unser Ziel. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen bedeutet nicht nur die Stärkung regionaler Wirtschaftskraft, sondern auch die umweltfreundliche Vermeidung langer Transportwege.

In unserer Stadt gab es noch nie so viele Gewerbetreibende und sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Mainz ist ein starker Standort für die industrielle Produktion. Wir wollen Mainz als Produktionsstandort wettbewerbsfähig und ökologisch weiterentwickeln. Nur eine gesunde und funktionale Branchenmischung sichert die Beschäftigung von Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

Als Universitätsstadt wollen wir auch im Bereich der Zukunftsbranchen Neu- und Ausgründungen fördern. Mit der forschenden Universitätsmedizin und einem innovativen Umfeld an Firmen aus dem Bereich Pharma und Biotech sowie multinational tätigen Konzernen der Gesundheitswirtschaft in Mainz und Rheinhessen kann Mainz sich auch als Gesundheitsstadt ausrichten. Insbesondere Start-Ups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen wollen wir forcieren. Dazu gehört auch eine flächendeckende Versorgung mit Breitband. Wir fordern ausdrücklich die Mainzer Breitband GmbH auf, dass möglichst viel Glasfaserkabel auf dem Weg zur Gigabit-Stadt verlegt wird.

Gerade im Bereich der Digital- und Kreativwirtschaft gibt es in Mainz europaweit beachtete Firmen, deren Potenzial von städtischer Seite bisher zu wenig Aufmerksamkeit erfährt. Ein erster wichtiger Schritt wurde mit dem Gutenberg Digital Hub gegangen, der sowohl die Start-Up-Kultur als auch die Digitalisierung in unserer Stadt fördert. Wir wollen in der Kooperation mit der Universität und den Mainzer Hochschulen die Grundlagen schaffen, Mainz als digitalen Standort zu entwickeln und die Chancen für ein nachhaltiges Wirtschaften breiter zu nutzen.

Projekte zur Aufwertung von Quartieren und zur Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt und in den Ortskernen, die aus bürgerschaftlichem Engagement von Gewerbetreibenden entstehen, werden wir unterstützen.

Zentrenkonzept

Das Zentrenkonzept für Mainz hat sich im Hinblick auf die Entwicklung des Einzelhandels bewährt. Sowohl in der Innenstadt als auch in den Ortskernen stärkt es den lokalen Einzelhandel. Dies ist besonders für die Nahversorgung von großer Bedeutung. Eine Änderung des Zentrenkonzepts ist derzeit nicht beabsichtigt. Sollten sich zukünftig Rahmenbedingungen der Einzelhandelsbranche ändern, kann es gegebenenfalls entsprechend angepasst werden.

Märkte

Wir wollen den Mainzer Wochenmarkt und die Märkte in den Stadtteilen unterstützen und dafür werben, dass verstärkt ökologisch angebaute Produkte angeboten werden.

Metropolregion Rhein-Main

Wir erleben, dass in der Zusammenarbeit der Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden Freundschaften noch keine Kooperation bedeuten. Zu häufig erweist sich der Rhein noch als Barriere. Um die Zusammenarbeit im Ballungsraum Rhein-Main zu verstetigen, setzen wir uns für eine Metropolregion nach dem Vorbild von Rhein-Neckar ein.

Wirtschaftsförderung

Als rheinland-pfälzische Landeshauptstadt werden wir jetzt die Weichen für eine auch künftig erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Mainz stellen.

Die positive Entwicklung von Ansiedlungen und Gründungen, insbesondere in der Kultur- und Kreativwirtschaft und von Unternehmen im Bereich von Biotechnologie und Health Care, gilt es für die Zukunft zu sichern. Deshalb werden wir die kommunale Wirtschaftsförderung stärken. Wir wollen eine Bedarfsanalyse und Organisationsuntersuchung auf den Weg bringen, um auf Basis dieser Ergebnisse die Wirtschaftsförderung bedarfsgerecht aufzustellen. Dabei sollen ein Strukturkonzept zur Planung der künftigen Wirtschaftsförderung und ein entsprechendes Personalkonzept zu Fragen der der Stellenzuschnitte, -beschreibungen und -besetzungen als Grundlage dienen. Auf Basis dieser Analyse und Konzeption werden wir die Wirtschaftsförderung neu aufstellen.

Gute Wirtschaftspolitik in Mainz zeichnet sich durch die Schaffung von nachhaltigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus, die Größe und Struktur der hiesigen Unternehmen berücksichtigt. Wirksame Wirtschaftspolitik bedeutet für uns die Belange und Interessen der Unternehmerinnen und Unternehmer in den Blick zu nehmen, schnelle Entscheidungsprozesse auf den Weg zu bringen und durch Verwaltungshandeln wirtschaftliche Tätigkeiten zu erleichtern. Dabei muss die Politik alle Unternehmensphasen bedenken, von der Existenzgründung bis hin zur Unternehmensnachfolge.

Great Wine Capital

Mainz und Rheinhessen – die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz und die größte Weinbauregion Deutschlands – sind seit Juni 2008 Mitglied im Great Wine Capitals Global Network. Sie sind damit die exklusive deutsche Vertretung des Netzwerkes. Hier arbeiten Marketingorganisationen für Tourismus und Wein, Kultur-Initiativen, Winzer, Wissenschaftler sowie Hoteliers, Gastronomen und Händler gemeinsam an einem Ziel: Mainz, Rheinhessen und seine Weine im globalen Wettbewerb noch besser zu platzieren.

Die Koalitionspartner unterstützen die Bestrebungen der Stadt Mainz und ihrer Partner*innen, dieses Ziel zu erreichen. Im Rahmen dessen soll der Bekanntheitsgrad der Premium-Marke Great Wine Capital Mainz regional, national und international durch gezielte Marketingmaßnahmen erhöht werden.

Wirtschaftsdezernat

Die Koalitionsfraktionen werden durch einen Antrag im Stadtrat am 25. März 2020 die Hauptsatzung verändern und die Stelle einer ehrenamtlichen Wirtschaftsdezernentin/eines ehrenamtlichen Wirtschaftsdezernenten ausschreiben. Die Koalitionsfraktionen werden dem Oberbürgermeister für die Dezernatsverteilung vorschlagen, diesem neuen Dezernat folgende Aufgaben zuzuordnen:

- Wirtschaftsförderung (einschließlich Medienwirtschaft)
- Technologieförderung
- Gesundheitswirtschaft
- Gewerbeansiedlung
- Leitstelle für Investoren und Gründer

Für dieses Dezernat erhält die Fraktion der FDP das Vorschlagsrecht für die Wahl einer ehrenamtlichen Dezernentin/eines ehrenamtlichen Dezernenten.



Für uns ist selbstverständlich, dass die Versorgung mit Wasser, seine Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung für alle Mainzer*innen und Mainzer in öffentlicher Hand bleiben muss. Sie ist ein Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge.



Unser Wirtschaftswachstum wollen wir nachhaltig sichern sowie fördern und im Besonderen auf qualitatives Wachstum setzen. Hierfür sollen gezielte Anreize geschaffen werden, um die Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern. Wir bekennen uns dabei zum Ziel einer „Gründerstadt Mainz“.



Wir wollen nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen fördern. Daher hat für uns die lokale Wirtschaft den höchsten Stellenwert. Deshalb setzen wir weiterhin und mit Nachdruck auf lokale und regionale Angebote zur Deckung des Lebensbedarfs.

Finanzen

Solide Finanzen, nachhaltige Wirtschaft, moderne und beteiligungsfreundliche Verwaltung

Nur durch eine konsequente Sanierung der kommunalen Finanzen ist es möglich, sinnvolle Investitionen zu tätigen, zentrale politische Vorhaben umzusetzen und zu verhindern, dass wichtige städtische Leistungen eingespart werden müssen. Wir haben gezeigt, dass die erforderliche Konsolidierung der städtischen Finanzen ohne Kahlschlag bei sozialen und kulturellen Projekten erreicht werden konnte. Unsere Stadt hat gleichzeitig auf hohem Niveau in Kitas und Schulen investiert. Wir treten deshalb für einen Abbau der Verschuldung ein.

Unsere Konsolidierungspolitik wurde u.a. durch die Entscheidung zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds (2013) eingeleitet. Durch den Beitritt zum Zinssicherungsschirm soll die erfolgreiche Konsolidierungspolitik weiter abgesichert werden.

Nachhaltig investieren – Schulden abbauen

Wenn wir Klimaschutz als Gesamtaufgabe verstehen, muss sich auch die städtische Finanzpolitik an Kriterien der Nachhaltigkeit orientieren. Im Zuge dessen verfolgt die Landeshauptstadt Mainz eine Divestment-Strategie mit dem Ziel, dass Finanzanlagen der Stadt oder ihrer Gesellschaften nicht in CO₂-intensive Anlagen getätigt werden.

Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik bedeutet auch, künftigen Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Steigende Zinsen auf den Finanzmärkten sind das größte Risiko für zukünftige Haushalte. Deshalb war es richtig und es wird weiterhin erforderlich sein, gewonnene finanzielle Spielräume auch für den Abbau von Altschulden zu nutzen. Der Bund und das Land müssen ebenfalls ihrer Verantwortung noch stärker gerecht werden und die Kommunen beim Abbau ihrer Altschulden unterstützen.

Die ZBM hat sich in den vergangenen Jahren bei verschiedenen Projekten als Problemlöser bewiesen. Auf diese Weise können Kosten gespart werden und die ganze Stadt profitiert durch die engere Kooperation. Gleichzeitig muss die Hebung von Synergien noch aktiver angegangen werden, wofür Personal benötigt wird. Wir sind der Überzeugung, dass die städtischen Gesellschaften besser zusammen für Mainz arbeiten anstatt jeweils für sich.

Die Parteien der Koalition betonen: Transparenz von Entscheidungen in den stadtnahen Gesellschaften ist uns wichtig, ebenso die stetige Überprüfung und Weiterentwicklung der Compliance-Richtlinien.

Neben konsequenter Aufgabenkritik und der Schaffung von Synergien, stehen wir heute vor drängenden Aufgaben, die sowohl finanzielle wie personelle Ausstattung brauchen. Daher müssen kluge Entscheidungen zur Verbesserung der Einnahmesituation getroffen und Fördermittel aller Ebenen genutzt werden.

Die Grundsteuerreform soll insgesamt aufkommensneutral umgesetzt werden.

Sollte das höchstrichterliche Urteil in den nächsten Jahren vorliegen, erklären wir uns bereit, die gegebenenfalls notwendigen Schritte zur Erhebung der Bettensteuer umzusetzen.

Die Unternehmen und Beteiligungen der Stadt leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Daseinsvorsorge, sie sind zudem wichtig für die Steuerung und Entwicklung der Stadt. Veräußerungen außerhalb des Konzerns Stadt sind nicht beabsichtigt.

Mit der Gründung der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG treiben wir den Bau der Bürgerhäuser in Hechtsheim, Finthen und auf dem Lerchenberg konsequent voran. Das wird zu geringeren Verlusten im laufenden Betrieb führen, verbessert die Nutzbarkeit von Räumen durch Vereine und entlastet den städtischen Haushalt.

Wir wollen eine Harmonisierung der Mieten für die Nutzung städtischer Einrichtungen, Bürgerhäuser und bürgerhausähnliche Einrichtungen unter der Prämisse des wirtschaftlichen Handelns und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Vereine. Die Koalition unterstützt dabei den eingeschlagenen Weg der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG.

Unser kultur- und geschichtsbewusstes Mainz

Kulturelle Einrichtungen, Initiativen und Projekte sowie in Mainz tätige Künstler*innen aller Sparten leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum städtischen Leben. Es ist zu fördern, dass sich die öffentlichen Kultureinrichtungen zunehmend öffnen und dass die freien kulturellen Vereine, Szenen, Initiativen und Projekte Entfaltungsmöglichkeiten haben. Kulturelle Initiativen und Einrichtungen, die sich in Schulen, Bildungseinrichtungen oder sozialen Einrichtungen aktiv einbringen, sind zu fördern und zu würdigen.

Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Gutenberg-Museums ein, die auf eine breite Zustimmung der Mainzer*innen baut. Wir wollen das Museum als Weltmuseum der Druckkunst ins 21. Jahrhundert führen, um herausragende Exponate der Entwicklung der Druckkunst und der damit einhergehenden Medienrevolution zukunftsweisend zu vermitteln. Deshalb werden wir auf der Grundlage der Ergebnisse der Gutenberg-Werkstatt eine Weiterentwicklung des Museums vorantreiben, um bessere Ausstellungsmöglichkeiten, Barrierefreiheit und einen zeitgemäßen Brandschutz zu erreichen. Bei der Finanzierung soll auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene nach Möglichkeiten für eine erweiterte Trägerschaft gesucht werden, die der herausragenden Stellung des Museums gerecht wird.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass in der ehemaligen Kommissbrotbäckerei in der Mainzer Neustadt ein soziokulturelles Zentrum entstehen kann. Als besonderer Ort für Kunst, Kultur und Begegnung kann die Kulturbäckerei nicht nur Freiraum für die Produktion, Aufführung und Vermittlung von Kunst bieten, sondern auch die heterogenen Areale der nördlichen Neustadt und ihre Bürger*innen miteinander verbinden. Die Kulturbäckerei soll möglichst breit für verschiedene kulturelle und soziale Initiativen sowie Künstler*innen auch temporär und projektorientiert nutzbar sein. Wir wollen eine institutionelle Förderung der Kulturbäckerei realisieren.

Die positive Entwicklung des Staatstheaters als Leuchtturm unserer Kulturangebote wollen wir weiter positiv begleiten. Die mit dem Land bis zum Jahr 2022 vereinbarten Anhebungen der Zuschüsse sollen weiter umgesetzt werden, um den jährlich steigenden Kosten des Theaterbetriebs zu begegnen.

Die darstellende Kunst, die zahlreichen, vielfältigen Initiativen sowie die kleinen Bühnen sind eine Bereicherung unserer Kulturszene und damit Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen sie in ihrem Wirken unterstützen. Das pad werden wir bei der Suche nach einer geeigneten Spielstätte aktiv unterstützen. Die Fortführung des OpenOhr Festivals, getragen durch die Kooperation des städtischen Jugendamts und der Freien Projektgruppe, sichern wir (siehe Soziales/Jugendpolitik).

Das Naturhistorische Museum mit wichtigen Bezügen zu aktuellen Entwicklungen wie Biodiversität, Klimawandel und Artensterben erhält weiterhin Unterstützung. Die Entwicklung des Museums durch die aufwändige Sanierung durch die Stadt Mainz begrüßen wir. Die vielfältige Mainzer Museumslandschaft ist zu erhalten. Das Stadthistorische Museum Mainz wird bei der Suche nach einer neuen Museumsstätte unterstützt.

Büchereien und Bibliotheken gehören zur Grundversorgung, um in unserer Stadt gute Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Den Bibliotheksstandort Mainz gilt es weiterzuentwickeln und dabei stets im

Blick zu haben, dass Bibliotheken und Büchereien auch wertvolle und ansprechend zu gestaltende öffentliche Räume sind. Für die Stadtbücherei „Anna Seghers“ muss ein neuer, zentraler, innerstädtischer Standort gefunden werden. Dezentrale, wohnortnahe Ausleihstellen in den Stadtteilen sollen das Angebot ergänzen. Das Stadtarchiv als öffentlich zugänglicher Ort der historischen Dokumentation wollen wir in seiner Arbeit unterstützen. Die wissenschaftliche Stadtbibliothek wollen wir weiterhin bei der Pflege und Bewahrung ihrer wertvollen Buchbestände unterstützen. Wir setzen uns deshalb für eine enge Kooperation der Stadtbibliothek mit den Hochschulbibliotheken ein, die ein gutes Angebot für den Zugang zu wissenschaftlicher Literatur bereitstellen.

Anknüpfend an den Gutenberg-Preis der Stadt soll ein Gutenberg-Preis der digitalen Medien initiiert werden, mit dem herausragende digitale Anwendungen ausgezeichnet werden, die Impulse für eine offene, humane Kommunikation setzen. Die beiden Preise sollen abwechselnd jeweils alle zwei Jahre vergeben werden.

Wir wollen weiterhin unterstützen, dass die Musikszene in Mainz sich aktiv vernetzt und so mit ihrem qualitativollen und vielfältigen Angebot weit über die Grenzen der Stadt hinaus einen Anziehungspunkt bildet. Das Peter-Cornelius-Konservatorium als Ausbildungsort und Aufführungsstätte ist eine zentrale Einrichtung unserer Stadt, da es den Zugang zu Musikunterricht sicherstellt, nicht zuletzt durch Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten.

Die Koalition weiß um die Bedeutung von Probe- und Atelierräumen. Wir unterstützen weiterhin beispielsweise den Bau von Proberäumen auf dem Layenhof. Aber auch darüber hinaus braucht es Strategien, um dem zunehmenden Schwund an günstigen Proberäumen, Atelier- und Produktionsstätten, vor allem in den innenstadtnahen Bezirken, etwas entgegenzusetzen. Um bestehende Ressourcen besser zu nutzen, soll Vernetzung gefördert werden. Das bereits bestehende Atelierhaus Waggonfabrik ist ein wichtiger Produktionsort für zeitgenössische Kunst und erhält weiterhin unsere Unterstützung.

Die zeitgenössische Kunstszenen in Mainz braucht Raum für ihre Präsenz – auch im Zentrum unserer Stadt. Dies wird in geeigneten städtischen bzw. stadtnahen Gebäuden ermöglicht. Auch Initiativen für die Neueinrichtung eines entsprechenden Ausstellungsraums wollen wir unterstützen.

Zur städtischen Kultur gehört eine freie Szene mit einer lebendigen Kunst- und Kulturlandschaft, Feiern, Clubs und Kneipen. Dies fördert die Stadt gemeinsam mit den städtischen Beteiligungsgesellschaften unter anderem durch die Ermöglichung von Zwischennutzungen.

Mit einer aktiven Kulturpolitik möchten wir die Akteur*innen der vielfältigen Mainzer Kulturlandschaft unterstützen. Wir sind offen für neue spartenübergreifende Projekte, die künstlerischen Anspruch mit innovativen und wirksamen Vermittlungsideen verbinden und so dazu beitragen, die lebendige und engagierte Mainzer Kulturszene – auch im Sinne der konkreten Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans – besser zu vernetzen.

Unser Anspruch ist, dass allen Mainzer*innen die Teilhabe an Kultur möglich ist und finanzielle Hürden möglichst abgebaut werden. Stätten der Kultur müssen ihre Angebote barrierefrei zugänglich ma-

chen. Wir wollen das Staatstheater, die Museen und das OpenOhr Festival unterstützen, ihre barrierefreien Angebote durch Übersetzung in Gebärdensprache, Untertitel und Audiodeskription weiter auszubauen. Das soll auch für die freie Szene durch die Nutzung barrierefreier Spielstätten, beispielsweise im KUZ, und die Errichtung barrierefreier Spielstätten, beispielsweise in der Kulturbäckerei, gelten.

Wir sind in hohem Maße darum bemüht, bauliche Zeugnisse der langen Geschichte unserer Stadt zu erhalten, zugänglich zu machen und lebendig sichtbar werden zu lassen. Dazu gehören beispielsweise die Zitadelle, das Römische Theater, das jüdische Erbe sowie das Kurfürstliche Schloss. Wir legen Wert auf die Sichtbarkeit und Vermittlung der gesamten Stadtgeschichte, dazu gehört auch die kurze Phase des demokratischen Aufbruchs der Mainzer Republik.

Auch herausragende Architektur der Nachkriegszeit und nachfolgender Jahrzehnte soll gewürdigt werden. Der Prozess der denkmalgerechten Sanierung des Rathauses von Arne Jacobsen soll in diesem Sinne auf zeitgemäße Art und Weise vermittelnd begleitet und der Stadtöffentlichkeit kommuniziert werden.

Einen Prozess der Revision von Kunst und Denkmälern möchten wir im öffentlichen Raum anstoßen. Gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen sollen Kriterien dafür erarbeitet werden, welche Werke saniert, anders platziert oder kommentiert werden sollten. Auch die Möglichkeit einer neuen Aufstellung von zeitgenössischer Kunst im Stadtraum soll dabei in den Blick genommen werden.

Wir setzen uns für eine aktive Erinnerungskultur ein. Aus der Geschichte zu lernen, auch um die Bedeutung der Demokratie ermessen zu können, ist für uns ein überaus wichtiger Ansatz. Hierzu tragen etwa der Pfad der Erinnerung und das Haus des Erinnerns im Allianzhaus als Gedenkort für Demokratie und Akzeptanz bei. Wir möchten die Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene im Haus des Erinnerns unterstützen, um die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins zu fördern.

Zur Überprüfung belasteter Straßenbenennungen mit NS-Hintergrund wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diesen Prozess wollen wir fortführen und bei Benennungen mit erheblicher NS-Belastung Umbenennungen herbeiführen.

SchUM-Städte und jüdisches Leben in Mainz

Die SchUM-Gemeinden Speyer, Worms und Mainz verbinden jüdische mit deutscher, europäischer und globaler Geschichte. Daher sollen die sogenannten SchUM-Gemeinden mit ihren überlieferten Monumenten Eingang in die UNESCO-Welterbeliste finden.

Auch unabhängig vom Welterbeantrag möchten wir den Austausch und das entstandene Netzwerk fortführen, um dem jüdischen Erbe SchUM einen würdigen Platz in unserer Gesellschaft und unserem kulturellen Gedächtnis zu sichern und uns für die Vermittlung der einzigartigen jüdischen Tradition einzusetzen.

Neben der historischen Betrachtung ist uns die Unterstützung des jüdischen Lebens in Mainz ein wichtiges Anliegen. Die Jubiläen des zehnjährigen Bestehens der Neuen Synagoge Mainz im Jahr 2020

und 1.700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland im Jahr 2021 sind für uns Grund zur Freude. Wir werden das aktive jüdische Leben in Mainz weiterhin unterstützen.

Zukunft Römisches Mainz

Zukünftig soll das römische Erbe noch stärker herausgearbeitet, sichtbar im Stadtbild präsentiert und erlebbar gemacht werden. Eine herausragende Bedeutung wird hierbei das Römische Theater einnehmen, das im Verbund mit dem Neubau des Römisch-Germanischen Zentralmuseums und dem Museum für Antike Schifffahrt am Rand der Altstadt und Zitadelle als touristisches Highlight entwickelt werden kann.



Um die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben zu erfüllen, nutzen wir unsere Städtepartnerschaften und weiteren internationalen Kontakte. Wir streben aber auch regional eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zur gemeinsamen Erreichung unserer Ziele und zur weiteren Verbesserung der Lebensqualität für alle Mainzer*innen an. Hiermit untrennbar verbunden sind auch unsere Vorhaben zur Weiterentwicklung unserer Kulturstadt Mainz.

Mainz digital – offen, frei & nachhaltig

Wir nehmen die Herausforderung für die Stadt Mainz an, die digitale Transformation auch kommunal zu gestalten. Dabei richten wir die Digitalisierung an den Bedürfnissen der Mainzer*innen aus. Offenheit, Freiheit und Nachhaltigkeit sind dabei unsere Grundsätze.

Digitalisierungsstrategie

Digitalisierung ist eine Gesamtaufgabe, die in der gesamten Stadt – sowohl in der Verwaltung als auch in den stadtnahen Gesellschaften – zu bewältigen ist. Daher soll die Zusammenarbeit der stadtnahen Gesellschaften untereinander und mit der Verwaltung intensiviert werden.

Die Stadt entwickelt eine Digitalisierungsstrategie unter Einbindung der Zivilgesellschaft und stadtnahen Gesellschaften weiter und berücksichtigt dabei, neben den in den nachfolgenden Absätzen skizzierten Maßnahmen, auch:

- die Entwicklung von Leitlinien für digitale Projekte der Stadt;
- den Schwerpunkt auf Datenschutz, Datensicherheit und Datensparsamkeit über die Wahrung der gesetzlichen Anforderungen hinaus sowie ausschließliche Speicherung bei BSI-zertifizierten Dienstleistern in öffentlicher Hand (Datensouveränität);
- die Einrichtung eines Gremiums für digitale Entwicklung.

Als zentrale Koordinierungsstelle des Digitalisierungsprozesses der Stadtverwaltung wird die Stelle einer/eines „Chief Information Officers“ eingerichtet. Digitalkompetenzen werden in der gesamten Stadtverwaltung ausgebaut und es werden Schulungsangebote bereitgestellt. In Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt soll die Barrierearmut bei digitalen Angeboten sichergestellt werden.

eGovernment

Es sollen die meistgenutzten Behördenleistungen digitalisiert werden. Perspektivisch sollen alle Interaktionen von Bürger*innen mit der Stadt auch digital und verschlüsselt möglich sein. Dazu wollen wir das Nutzerkonto Rheinland-Pfalz nutzen. Wichtig ist uns dabei, dass die Bedürfnisse der Nutzer*innen (Bürger*innen sowie Beschäftigte) gleichermaßen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Open Data

Wer Beteiligung ernst meint, teilt sein Wissen, beispielsweise mit der Bereitstellung von Daten zur politischen Willensbildung über ein Open-Data-Portal. Hierbei sollen alle öffentlichen bzw. nicht durch gesetzliche Regelungen geschützten Informationen maschinenlesbar bereitgestellt werden. Die wirtschaftlichen Interessen stadtnaher Gesellschaften werden bei der Veröffentlichung berücksichtigt. Open-Data-Standards sollten hierbei zur Normalität werden. Wir wollen eine Open-Data-Policy erstellen.

Das Ratsinformationssystem (und andere Informationen der Stadt) soll per offener, standardisierter Schnittstelle angesteuert werden können und nutzerzentriert weiterentwickelt werden. Bürger*innenbeteiligungsprozesse im analogen Raum werden durch digitale Angebote ergänzt. Unter anderem soll auch das Livestreaming von Stadtratssitzungen ermöglicht werden.

OpenStreetMap wird weiterhin von der Stadt durch die Bereitstellung von Luftbildern unterstützt. Diese Unterstützung wird durch die Übermittlung der städtischen Radrouten und Änderungen der Verkehrsführung (neue Straßennamen, neue Höchstgeschwindigkeiten etc.) ergänzt.

Open Source

In der Verwaltung soll verstärkt Open-Source-Software eingesetzt werden. Es ist ein erklärtes Ziel, den Einsatz proprietärer Software zu reduzieren. Bei Neubeschaffungen von Software sollen auch Angebote aus dem Open-Source-Bereich eingeholt und der Markt ggf. dahingehend erkundet werden. Wir ermuntern und unterstützen unsere Schulen, vermehrt Open Source einzusetzen.

Infrastruktur/WLAN/Breitband

In städtischen Gebäuden, auf öffentlichen Plätzen, an Haltestellen, in Bussen und Bahnen soll freies und offenes WLAN über Freifunk oder die Mainzer Breitband angeboten werden. Stadt und stadtnahe Gesellschaften sollen ihre Dächer für Freifunk zur Verfügung stellen sowie verstärkt mit der Freifunk-Community zusammenarbeiten.

Als Aspekt der Daseinsvorsorge soll das Netz der Mainzer Breitband GmbH flächendeckend ausgebaut werden und der Anschluss von Neubauten an schnelles Internet vorangetrieben werden. Hierbei begrüßen wir die Bemühungen der Mainzer Breitband GmbH beim Versorgungsausbau. Das gilt insbesondere für Schulen und Unternehmen. Bei allen Straßenbaumaßnahmen sollen obligatorisch Leerrohre für Glasfaserkabel verlegt werden. Bemühungen der Mainzer Stadtwerke zum Ausbau von 5G in Mainz unterstützen wir. Mainz soll Gigabit-Stadt werden.

Bildung

Die IT-Verwaltung durch die Kommunale Datenzentrale soll allen Schulen angeboten werden. Digitale Weiterbildungsmöglichkeiten und eLearning sollen auch bei der Volkshochschule angeboten werden. Dabei soll auch Open Source verstärkt berücksichtigt werden. Digitale Grundkurse sollen in Kooperation mit den rheinhessischen Volkshochschulen weitergeführt und ausgebaut werden.

Alle Schulen und Horte in Mainz sollen ihren Schülerinnen und Schülern einen kostenlosen Internetzugang über WLAN oder stationäre Computer zur Verfügung stellen.

Smart City

Die Sensorik im Umwelt-, Verkehrs- und Entsorgungsbereich soll ausgebaut werden. Mainz soll bundesweiter Vorreiter bei smarten Lösungen im Bereich der Verkehrstechnik, wie z.B. Ampelsteuerung und Entsorgung, sein.

Ressourcensparende IT/Green IT

Der Einsatz von Ressourcen im Bereich der Hardware soll ebenfalls weiter optimiert werden. Dies beinhaltet Beschaffung, Betrieb, Nutzung und Entsorgung der Hardware. Hier sind nicht nur betriebswirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen, sondern auch ökologische.



Um eine widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung zu fördern und Innovationen zu unterstützen, gehen wir die Herausforderungen der Digitalisierung weiterhin konsequent an und werden eine zeitgemäße Infrastruktur schaffen. Hierzu gehört der Netzausbau ebenso wie ein eigenes Smart-City-Konzept und die Stärkung des Digital-Hubs. Dazu wollen wir städtische Dienstleistungen effizienter zugänglich machen. Maßnahmen zur Digitalisierung von Behördengängen und Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung wollen wir prüfen und im gesetzlich möglichen Rahmen umsetzen.

Gleichberechtigung

Gleichstellung

Die Parteien der Koalition bekräftigen ihren Willen zur Umsetzung der 2008 von der Stadt Mainz unterzeichneten „Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ in Form eines dritten Gleichstellungsaktionsplans. Frauen sollen bei der Besetzung von Leitungsstellen in der Verwaltung sowie in Gesellschaften mit städtischer Beteiligung in Führungspositionen und Aufsichtsräten angemessen repräsentiert werden. Außerdem streben wir eine geschlechtsparitätische Besetzung bei Aufsichtsräten von städtischen und stadtnahen Unternehmen an.

Mit einer familienfreundlichen Verwaltung, familienfreundlichen Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen, Ganztagsangeboten an Kitas und Schulen sowie anderen familienunterstützenden Maßnahmen wollen wir gleichermaßen Frauen, Männer und divers Identifizierende stärken, die Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Teilzeit soll auch bei Führungskräften möglich werden.

Wir gehen gegen Diskriminierung, Frauenfeindlichkeit und Sexismus vor. Dafür wollen wir klare Vorgaben bei der Vergabe von Rechten und Flächen für Werbung im öffentlichen Raum durchsetzen. Bei der Neuaushandlung von Verträgen mit den entsprechenden Werbeflächenanbietern ist dies mitaufzunehmen.

Frauen

Im Mainzer Frauenhaus sollen die Plätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Außerdem wird das Frauenhaus barrierefrei umgebaut, möglichst mit Mitteln von Land und Bund. Das Frauenhaus muss weiterhin auch den Betroffenen (mit Kindern) als Schutzraum offenstehen. Wir Koalitionäre wollen das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Istanbul-Konvention) in Mainz umsetzen.

Beim Frauennotruf wollen wir den gewachsenen Aufgaben (Online-Beratung, vermehrte Beratungsanfragen nach Übergriffen) sowie den steigenden Kosten durch Tarifierhöhungen Rechnung tragen. Das Frauenbüro werden wir weiterhin in seiner Arbeit unterstützen sowie die Mädchen- und Frauenarbeit nach Möglichkeit ausbauen. Die Angebote für Präventions- und Aufklärungsarbeit für Schüler*innen wie auch die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Lehrende sowie Eltern wollen wir stärken.

Die Stadt Mainz übernimmt die Geburtspauschale für nicht-versicherte Schwangere bei der Entbindung und die geplante Hebammenservicestelle soll für nicht-versicherte Schwangere geöffnet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die besonderen Bedarfe von Frauen bei den Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose berücksichtigt werden und wollen eine zusätzliche Wohngemeinschaft als Angebot für wohnsitzlose Frauen anbieten sowie ein Unterstützungsangebot für Wohnsitzlose mit psychischer Erkrankung realisieren.

Die Stadt Mainz fühlt sich verantwortlich für die Unterstützung von Frauen, die nach Flucht und Vertreibung Schutz suchen, auch wenn sie als von ihren Männern abgewiesene sogenannte Nachzüglerfrauen aus dem System fallen, und setzt sich mit den Akteuren der Wohnungslosenhilfe und der Frauenhilfe auseinander, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Diversität

Wir werden die städtische Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen weiterhin sicherstellen und so die Diversitykompetenz der Verwaltung stärken, LSBTIQ*-Projekte in Mainz unterstützen und stehen auch künftig für den Kampf gegen Homo- und Transfeindlichkeit.

Die städtische Förderung der Koordinierung ehrenamtlicher Arbeit im LesBiSchwulen Kulturzentrum werden wir weiter absichern, die Aufklärungsarbeit von SchLau an Schulen unterstützen und uns für das Fortbestehen der Sommerschwüle sowie die Fortführung der Kampagne „Wir lieben wie wir leben“ einsetzen.



Die Gleichberechtigung aller Geschlechter ist für uns unabdingbar. Deshalb bekennen wir uns dazu, aktiv Maßnahmen und Programme zu entwickeln, um die Gleichstellung weiter zu fördern und auszubauen.

Wir wollen eine tolerante, weltoffene Stadt des sozialen Ausgleichs

Wir wollen eine Stadt, in der sich die Menschen ungeachtet ihres Geschlechts oder Alters, ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, Behinderung oder sexuellen Orientierung gegenseitig mit Respekt und Wertschätzung gleichberechtigt und tolerant begegnen und in der sich Rücksichtnahme sowie Hilfsbereitschaft als Selbstverständlichkeiten erweisen. Wir wissen, dass wir dabei auf die Menschen in Mainz zählen können. Diese haben auch in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt, dass für sie sozialer Zusammenhalt und Generationenfreundlichkeit keine leeren Worthülsen sind. Wir als Koalition stehen immer für ein hohes Engagement im Kampf gegen Armut in jedem Lebensalter, im Kampf gegen Sexismus und Rassismus und auch für ein klares Eintreten für die Geltung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien für Alle.

Europa

Die europäische Einigung war und ist eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, Stabilität, Wohlstand und Frieden. Viele der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen und Regelungen wirken sich direkt oder indirekt auf kommunaler Ebene aus. Die Koalitionsparteien bekennen sich zu einer offenen europäischen Gesellschaft und zur Fortführung der europäischen Einigung.

Verwaltung

Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung als Dienstleisterin der Bürger*innen, die ihre Aufgaben zielgerichtet und effektiv löst. Für zusätzliche Aufgaben und den leistungsfähigen Vollzug wichtiger städtischer Aufgaben wollen wir das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Wir stehen zur Tariftreue und für gute Arbeit auch in der Verwaltung. Das Outsourcing öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen lehnen wir ab.

Eine moderne Verwaltung bedeutet auch nachhaltige Personalplanung und bedarf einer entsprechenden Personalqualifizierung. Die Strategie zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften wollen wir ausbauen.

Dabei wollen wir ein umfassendes Gesundheitsmanagement aufbauen und die Arbeitswelt in der Verwaltung moderner, familiengerechter und flexibler gestalten. Zudem soll die Familienfreundlichkeit der Verwaltung auch durch familiengerechte Öffnungszeiten, beispielsweise der Ortsverwaltungen und des Bürger*innenservices, erreicht werden.

Bürger*innenbeteiligung

Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung in Mainz weiter stärken. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit großen und teilweise strittigen Bauprojekten in Mainz ist den Parteien der Koalition bewusst, dass Beteiligung bei zukünftigen Projekten anders organisiert werden muss.

Als erster Schritt wurde bereits die Arbeitsgruppe „Entwicklung von Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung“ eingesetzt. Als Grundlage für das zukünftige Beteiligungskonzept werden uns die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen, die im Jahr 2020 vorliegen werden.

Ziel dabei ist, die Bürger*innen über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus frühzeitig über geplante Projekte der Verwaltung sowie Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Bei Bauvorhaben soll die Beteiligung durchgeführt werden, noch bevor Gestaltungswettbewerbe zu bedeutenden Vorhaben ausgeschrieben werden. Stadtteilbezogene Entscheidungen sollen nur dann getroffen werden, wenn die zuständigen Ortsbeiräte die Möglichkeit hatten, sich damit zu befassen.

Integration

Bei der Integration ist Engagement gefordert und wird gefördert, sowohl von denen, die schon länger hier leben, als auch von denen, die neu zuwandern. Wir verstehen Integrationsarbeit als konzertierte Aktion von Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement. Das bestehende Integrationskonzept der Stadt Mainz soll fortgeschrieben und weiterentwickelt werden.

Ob Bildung und Sprachförderung oder Ausbildung und Arbeitsmarktintegration: Zentrale Aufgaben der Integrationspolitik sind nicht nur für Neuzugewanderte oder anderssprachig aufgewachsene Menschen wichtig, sondern sie gehen alle Menschen an, die hier leben. Deshalb brauchen wir eine umfassende interkulturelle Öffnung der Regelangebote, die für neu zugewanderte und hier geborene Menschen gleichermaßen offen und attraktiv sein müssen. Wir wollen im Zuge dessen die berufs- und ausbildungsbegleitende Sprachförderung bei der Volkshochschule ausbauen und erwarten, dass der Bund und das Land Rheinland-Pfalz sich an der Finanzierung dessen angemessen beteiligen.

Bei der Integration der neu und der schon länger hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist der Beirat für Migration und Integration ein wichtiger Partner. Darüber hinaus wollen wir eine direkte Ansprache von Zugewanderten und deren Ermutigung, an der Arbeit in kommunalen Gremien, Ausschüssen und Parteien teilzuhaben.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Gemeinschaftsunterkünften Unterkunftsbeiräte gebildet werden, dort wo es gewünscht wird und wir begrüßen und unterstützen den Grundsatz einer psychosozialen Anlaufstelle für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit.

Wir wollen die interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung stärken und streben eine bessere Vernetzung der kommunalen Anlaufstellen für Migrant*innen an. Die Qualifikation von Mitarbeiter*innen hinsichtlich interkultureller Kompetenzen in Frauenberatungsstellen, Schutzhäusern und Institutionen, die Flüchtlinge betreuen, soll bei Bedarf besonders gefördert werden. Frauen, die nach Flucht und Vertreibung Schutz suchen, brauchen eine angemessene Unterstützung und besonderen Schutz.

Die Ausländerbehörde wollen wir dabei unterstützen, ihre Serviceorientierung, ihren Beitrag zur Willkommenskultur und ihre interkulturelle Ausrichtung zu stärken und die personelle Ausstattung wollen wir überprüfen. Außerdem setzen wir den Grundsatz von Geldleistungen vor Sachleistungen/Gutscheinen um.



Um friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, allen Menschen Zugang zum Rechtsstaat zu ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen, müssen wir gegen die zunehmende Spaltung und Polarisierung in unserer Gesellschaft, gegen Vorurteile, Hass, Hetze und Gewalt konsequent vorgehen. Wir arbeiten für Respekt und Akzeptanz, für einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Dabei stehen wir auch vor Ort in Mainz für eine bürger*innennahe Stadt und Verwaltung. Wir wollen, dass alle Bürger*innen sich mit den politischen Institutionen in Mainz identifizieren.

Sportstadt Mainz

Mainz ist eine Sportstadt, in der funktionierende und attraktive Sportstätten die Basis dafür bilden, dass viele Mainzerinnen und Mainzer mit Spaß und Engagement in ihrer Freizeit aktiv sein können. Unsere Sportvereine im Breitensport sind Teil der Daseins- und Gesundheitsvorsorge und leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit.

Nach wie vor sind gute Sportplätze und Sporthallen die Voraussetzung für vielfältige Sportangebote und für sportliche Erfolge. Die Erhaltung bestehender und die Schaffung weiterer Sportanlagen, gerade auch unter Berücksichtigung einer wachsenden Stadt, ist daher ein zentrales Ziel.

Um allen Nutzer*innen sowie den gestiegenen spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen im sportlichen Wettkampfbereich gerecht zu werden, ist die Planung und Steuerung von Sportstätten vom Baudezernat gleichberechtigt mit dem Sportdezernat durchzuführen.

Tribünen in Sporthallen sind sowohl für die Anforderungen eines modernen Unterrichts als auch für Sportvereine im höherklassigen Wettkampfbetrieb unverzichtbar. Auf den Einbau von Tribünen soll nur in begründeten Einzelfällen verzichtet werden.

Die Koalition begrüßt ausdrücklich die unter der Federführung des Stadtsportverbandes erarbeiteten Positionen zum Bau einer Großsporthalle „Am großen Sand“ in Mainz-Mombach. Die seit 1981 in Mainz diskutierte Großsporthalle soll mit einer Kapazität von rund 2.600 Zuschauer*innen realisiert werden. Es ist zu prüfen, ob in dem Hallenneubau die Unterbringung eines Athletenzentrums möglich ist.

Sportarten wie Calisthenics oder Skateboarding sowie Forderungen nach Sportgeräten für Senior*innen haben Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Wir wollen die Belange dieser Sport- und Freizeitaktivitäten auch städtebaulich berücksichtigen. Insbesondere die Skateranlage am Rheinufer ist unter Beteiligung des Rollsportvereins e.V. zu modernisieren. Flächen für Calisthenics, Bewegungsgärten und Geräte für Senior*innen sind im öffentlichen Raum vorzusehen; beispielsweise ist die Schaffung eines Open-Air-Fitness-Parks in Bretzenheim am Bolzplatz Gürtlerstraße/Südring zu prüfen. Des Weiteren soll im Volkspark eine wettkampftaugliche Boule Bahn entstehen.

Der Stadtsportverband ist weiterhin kompetenter Ansprechpartner für die sportliche Entwicklung in Mainz.

Wir unterstützen den Mombacher Schwimmverein auf dem städtischen Gelände vor dem Hallenbad ein zusätzliches Lehrschwimmbecken zu realisieren.

Durch die Übernahme der Liegenschaften des Mainzer Taubertsbergbades durch die Mainzer Stadtwerke AG und den Badbetrieb durch die Mainzer Stadtbad GmbH wird sichergestellt, dass auch zukünftig im Rahmen der Daseinsvorsorge ein leistungsfähiges, zuverlässiges und den öffentlichen Interessen und Bedürfnissen der Bürger*innen der Landeshauptstadt Mainz, des allgemeinen Publikums und des Schul- und Vereinssports entsprechendes Sport- und Familienbad zu sozialverträglichen Prei-

sen zur Verfügung gestellt wird. Die Mainzer Stadtwerke und das Mainzer Stadtbad werden gemeinsam ein zukunftsfähiges Konzept zur Verbesserung, Erweiterung und Attraktivierung des traditionsreichen Taubertsbergbades, der Einrichtungen und des Angebots vorlegen und umsetzen.

Der Aufbau einer Sportplatzkolonne ist zu prüfen, um zukünftig schneller bei defekten Kunstrasenplätzen eingreifen zu können, um Spielabsagen zu vermeiden.

Ziel ist eine Sporthallenkoordination bezüglich der Nutzung unter Federführung der Sportabteilung.

Derzeit in Planung/im Bau befindliche Sportstätten der nächsten fünf Jahre:

- 1-Feld-Sporthalle Feldbergschule
- 3-Feld-Sporthalle Realschule Lerchenberg
- 3-Feld-Sporthalle IGS Anna-Seghers
- Zwei 3-Feld-Sporthallen für die Schulen „Am Lemmchen“
- 3-Feld-Sporthalle für die IGS „Am Europakreisel“
- Schulturnhalle Finthen, 33-Meter-Halle
- Halle Grundschule Laubenheim, 33 Meter-Halle
- Halle „Am Zollhafen“
- Großsporthalle anstelle Mombacher Sporthalle
- Ersatzneubau Sporthalle Frauenlobgymnasium
- Ersatzneubau Sporthalle Rabanus-Maurus-Gymnasium
- Neubau Laubenheimer Riedhalle, 3-Feld-Sporthalle

Geplante Sportplatzsanierungen/ Neubauten:

- Sanierung Großspielfeld BSA Lerchenberg
- Sanierung Groß- und Kleinspielfeld BSA Finthen
- Sanierung Großspielfeld Platz 2 BSA Mombach
- Sanierung Kleinspielfeld Sportanlage Ebersheim
- Errichtung eines neuen Kunstrasengroßspielfelds auf der BSA Hechtsheim
- Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfelds auf der BSA Lerchenberg
- Sanierung Kunstrasengroßspielfeld auf der Sportanlage Marienborn
- Sanierung Kunstrasengroßspielfeld Bretzenheim Ulrichstraße
- Sanierung Kunstrasengroßspielfeld BSA Bretzenheim
- Sanierung Kunstrasengroßspielfeld Sportanlage Laubenheim
- Neubau eines Kunstrasenkleinspielfelds auf der Sportanlage in Laubenheim
- Neubau Leichtathletikanlagen auf der BSA Bretzenheim inklusive Verlegung des Rasenplatzes (Meisterschaftsgerechte Sportanlage), Zeitrahmen noch offen



Mainz lebt in seinen Stadtteilen und dort nicht zuletzt in den Vereinen, ganz besonders den Sportvereinen. Dieses Leben vor Ort haben wir in der vergangenen Wahlperiode durch den Neubau der Bürgerhäuser besonders in Angriff genommen. Wir stärken dadurch den sozialen Zusammenhalt vor Ort und wollen dies weiter durch lokale Angebote und den Erhalt einer lokalen Versorgung fördern. Hierbei sind uns alle Stadtteile gleich wichtig und wir arbeiten dafür, dass alle Stadtteile gleichwertige Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung haben.

Für ein ordentliches, sauberes und sicheres Mainz

Sauberkeit und Ordnung

Die Mainzer*innen legen Wert auf Ordnung und Sauberkeit in ihrer Stadt. Hierfür bedarf es Regelungen, damit sich alle Menschen in der Stadt wohlfühlen können. Wir unterstützen dieses Anliegen.

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die zu mehr Sauberkeit in unserer Stadt führen können, unter anderem die Einrichtung einer zentralen Müll- und Sauberkeitshotline, ein Sauberkeitsbeauftragter respektive eine Sauberkeitsbeauftragte und eine stadtweite Kampagne. Dies beinhaltet eine noch transparentere Darstellung der Zuständigkeiten sowie die benutzerfreundlichere Gestaltung von Meldemöglichkeiten, ob analog oder über das Internet.

Seit den 1980er Jahren gibt es eine Pfandpflicht auf städtischen Festen und Veranstaltungen im städtischen Raum, die jedoch – auch aufgrund mangelnder Kontrollen – immer öfter nicht beachtet wird. Wir wollen diese Mehrwegpflicht in städtischer Verantwortung wieder stärker durchsetzen. Private Unternehmen wollen wir motivieren, ebenfalls auf Mehrwegsysteme (z.B. „Coffee-to-go“-Becher) zu setzen.

Im öffentlichen Raum soll eine Aufwertung und Verschönerung bestimmter Straßen und Plätze stattfinden. Bei der Neugestaltung von Straßen und Plätzen muss bereits bei der Planung die unproblematische Sauberhaltung inklusive der ausreichenden Ausstattung mit Abfallbehältern im Fokus stehen. Mit zu einem sauberen Erscheinungsbild beitragen können die verbesserte Abfallentsorgung an öffentlichen Plätzen, erhöhte Reinigungsintervalle von Grünbereichen und die regelmäßige Reinigung von Verteilerkästen. Wir unterstützen die Forderung nach mehr und ausreichend großen Abfallbehältnissen.

Außerdem müssen Schmierereien konsequent zivil- und strafrechtlich verfolgt und schneller beseitigt werden. Hauseigentümer sollen qualifiziert beraten werden.

Sicherheit

Sicherheit ist für die Mainzer Bürger*innen ein hohes Gut. Wir streben die Einrichtung einer „Stadt-wache“ im Zentrum von Mainz als zentralen Einsatz- und Beratungsort, für höhere Präsenz in der Innenstadt und persönliche Erreichbarkeit an. Auch die Seniorensicherheitsberatung kann hier angesiedelt werden.

Die personelle Ausstattung der Ordnungsdienste wurde in den letzten Jahren deutlich verbessert. So haben wir in der letzten Wahlperiode dafür gesorgt, dass im Ordnungsamt sechs weitere Stellen geschaffen werden konnten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Um dem stark angewachsenen Aufgabenvolumen gerecht werden und zugleich mehr Sicherheit durch höhere Präsenz vermitteln zu können, werden zusätzliche Stellen im Vollzugsdienst und Feldschutz geschaffen.

Besseren Schutz für die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes erreichen wir durch eine verbesserte und intensiverte Ausbildung, die wir gemeinsam mit weiteren rheinland-pfälzischen Städten anstreben. Auch muss die Ausstattung der Ordnungsämter angemessen und auf dem neuesten technischen Stand sein.

Die Freiwilligen Feuerwehren in den Stadtteilen leisten vorbildliche Arbeit. Hier soll die Sanierung der Feuerwehrgerätehäuser dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für dieses wichtige ehrenamtliche Engagement zu verbessern.

Bei der städtebaulichen Entwicklung denken wir das Sicherheitsbedürfnis, insbesondere von Frauen, immer mit. Deshalb wollen wir eine gute Beleuchtung aller Plätze und Straßen sowie eine durchmischte Nutzung von Erdgeschoss mit Wohnungen, Gastronomie und Geschäften, um jederzeit zugängliche und belebte Räume zu gewährleisten.

Fragen der weiteren Zusammenarbeit

Dieser Koalitionsvertrag zwischen den Parteien von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP gilt für die Wahlperiode des Mainzer Stadtrates von 2019-2024. Alle drei Koalitionsparteien verpflichten sich, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag in allen städtischen Gremien umzusetzen. Die Partner tragen dabei eine gemeinsame Gesamtverantwortung für die Erreichung der formulierten Ziele.

Die Koalitionspartner vereinbaren, ihre Arbeit in den städtischen Gremien regelmäßig miteinander abzustimmen und in allen Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Übereinstimmung zu erzielen.

Im Stadtrat sowie in allen weiteren beschickten Gremien stimmen die Koalitionsparteien einheitlich ab.

Der Koalitionsausschuss, der von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der drei Koalitionsparteien gebildet wird, tritt bei Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und in Angelegenheiten zusammen, in denen keine Einigung erzielt werden konnte. Nach vorheriger Einigung des Koalitionsausschusses können weitere Personen hinzugezogen werden.

Im Falle des Ablaufs der Amtszeit oder des Ausscheidens eines von einem Vertreter/einer Vertreterin der Koalitionsparteien geführten Dezernats erhält die jeweilige Partei des bisherigen Amtsinhabers/der bisherigen Amtsinhaberin das Vorschlagsrecht für eine Neu- bzw. Wiederwahl durch den Mainzer Stadtrat in dieser Wahlperiode.

Neu zu besetzende Dezernate sollen ausgeschrieben werden.

Mainz, den 14. Februar 2020

**Für
Bündnis 90/Die Grünen:**

**Für die
SPD:**

**Für die
FDP:**

Sylvia Köbler-Gross
Fraktionssprecherin

Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende

David Dietz
Fraktions- & Parteivorsitzender

Katharina Binz
Kreisvorstandssprecherin

Johannes Klomann
Parteivorsitzender

Walter Koppius
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Christian Viering
Kreisvorstandssprecher